

# POLITISCHE STUDIEN 473

 Hanns  
Seidel  
Stiftung

Orientierung durch Information und Dialog

68. Jahrgang | Mai-Juni 2017 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

## MIGRATION: DER RECHTSSTAAT HAT ES IN DER HAND

Mit Beiträgen von

Winfried Bausback | Friedrich Heckmann | Robert Heimberger | Hans-Jürgen Papier



/// EUGÉNIA DA CONCEIÇÃO-HELDT Politische-Studien-Zeitgespräch zur Neuausrichtung der HfP

/// THOMAS MICHAEL KLOTZ Wie geht Rechtspopulismus?

/// ELMAR NASS Christlich soziale Gerechtigkeit

[www.hss.de](http://www.hss.de)



„Eine linke Mehrheit ist nicht in Sicht, eine bürgerliche Mehrheit **MÖGLICH.**“

## WENDE IM WAHLJAHR

Das Wahljahr 2017 erlebte im Frühjahr drei Landtagswahlen kurz hintereinander. Die SPD sah sich nach dem Wechsel im Parteivorsitz mit dem Spitzenkandidaten Martin Schulz in einem Aufwind, der lange nicht zu verspüren war. Doch Mitte Mai ergibt sich ein anderes Bild: Schon das Ergebnis der Landtagswahl vom 26. März 2017 im Saarland zeigte, dass der „Schulz-Effekt“ im Saarland keine Wirkung erzielte. Die CDU erhielt 40,7 % der Stimmen, die SPD hingegen landete bei 29,6 %. Die Linke kam mit Oskar Lafontaine zwar noch auf 12,9 %, verlor aber über 3 Punkte. Die AfD kam mit 6,2 % in den Landtag, blieb aber hinter ihren Erwartungen zurück. Für die Grünen mit 4,0 % wie die FDP mit 3,3 % wurde deutlich, wie schwierig die Mobilisierung sein kann, wenn die Wahlbeteiligung steigt.

Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein vom 7. Mai 2017 bestätigte das Bild: Die CDU schloss mit 32,0 % so gut ab wie zuletzt prognostiziert und die SPD mit 27,2 % klar schlechter. Die Ergebnisse für Grüne mit 12,9 % und FDP mit 11,5 % waren ebenso präziser vorhergesagt worden wie das knappe Scheitern der Linken mit 3,8 % und das Verschwinden der Piraten. Die AfD kam mit 5,9 % knapp in den Landtag, hatte aber mit deutlich mehr gerechnet. Auch die Wahlbeteiligung ist wieder klar angestiegen.

Schließlich die Wahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2017: Im bevölkerungsreichsten Flächenland derselbe Trend. Hier war (bei ebenfalls höherer Wahlbeteiligung) der Absturz der rot-grünen Landesregierung noch dramatischer. Die CDU wurde klar stärkste Partei und kam auf 33,0 %; die FDP konnte sich auf 12,5 % steigern. Ein klarer Zuwachs für das bürgerliche Lager, wohingegen die SPD im Herzland der Sozialdemokratie nur noch auf 31,2 % und die Grünen auf 6,3 % kamen. Die Linke scheiterte knapp; die AfD mit 7,4 % hatte sich deutlich mehr erhofft. Damit ist das Signal für die Bundestagswahl gesetzt: Eine linke Mehrheit ist nicht in Sicht, eine bürgerliche Mehrheit ist möglich.

**Dr. Gerhard Hirscher**  
ist Referent für Grundlagen der Demokratie, Parteienentwicklung,  
Wahlforschung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen,  
Hanns-Seidel-Stiftung, München.



15

# INHALT



06



38



59

## IM FOKUS

### 06 ZUWANDERUNG UND RECHTSSTAAT

Einführung  
KEA-SOPHIE STIEBER

### 10 DIE PRINZIPIEN UNSERES RECHTSSTAATES

Außer Diskussion  
WINFRIED BAUSBACK

### 15 DIE AKTUELLE SICHERHEITSLAGE IM KONTEXT DER ZUWANDERUNG IN BAYERN

Auswirkungen der Flüchtlingskrise auf die Kriminalität  
ROBERT HEIMBERGER

### 19 ASYLPOLITIK BRAUCHT GESETZLICH GEREGLTE HANDLUNGSANWEISUNGEN

Kritische Anmerkungen eines Juristen  
HANS-JÜRGEN PAPIER

### 26 RECHTSSTAAT, WERTEGEMEINSAMKEIT UND ZUWANDERUNG

Wie hängt das zusammen?  
FRIEDRICH HECKMANN

## POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

### 30 HOCHSCHULE FÜR POLITIK MÜNCHEN: POLITIK TRIFFT TECHNIK

Neue Themen, neue Wege  
EUGÉNIA DA CONCEIÇÃO-HELDT

## ANALYSEN

### 38 WIE GEHT RECHTSPOPULISMUS?

Zwischen Hautevolee und Menschen  
THOMAS MICHAEL KLOTZ

### 48 CHRISTLICH SOZIALE GERECHTIGKEIT

Wofür stehen wir?  
ELMAR NASS

### 59 DIE KRISE IN CHILE

Eine unorthodoxe Antwort junger Konservativer  
PAUL-LUDWIG WEINACHT

## AKTUELLES BUCH

### 66 SCHRECKGESPENST AFD Was steckt wirklich dahinter? GERHARD HIRSCHER

## RUBRIKEN

03 EDITORIAL

70 REZENSIONEN

80 ANKÜNDIGUNGEN

82 IMPRESSUM

/// Einführung

## ZUWANDERUNG UND RECHTSSTAAT

**KEA-SOPHIE STIEBER** /// Zu der Frage, welche Einflüsse die Zuwanderung auf rechtsstaatliche Prozesse hat, gibt es zahlreiche Beispiele. So sind u. a. weder die Diskussionen über die Erforderlichkeit eines neuen Einwanderungsgesetzes noch über Strafmilderung wegen religiöser Prägung beendet. Ein Entwurf zum Verbot von Kinderehen und eine Bundesratsinitiative zum Verbot der Gesichtsverhüllung vor Gericht in Bayern liegen vor. Die Frage, ob sich die Zuwanderung auf unseren Rechtsstaat auswirken dürfe, beantwortet der Bayerische Justizminister mit einem klaren „Nein“ – zumindest nicht auf rechtsstaatliche Statuten im negativen Sinne.

Die Zahlen der Zuwanderung von Asylsuchenden nach Deutschland und Bayern sind langsam rückläufig. Der aktuelle Schwerpunkt der Flüchtlingskrise liegt nun auf dem Integrationsprozess der Zuwanderer in unser gesellschaftliches Leben. Die Auseinandersetzung damit erstreckt sich auf nahezu alle Ebenen wie beispielsweise Unterbringung, Pädagogik, ärztliche Versorgung, Sprachunterricht, Schul- und Ausbildung, Arbeitsvermittlung sowie das Recht und den Rechtsstaat. Der Rechts-

staat – das ist die Gesamtheit unserer Normen und die Pflicht des Staates, in deren Rahmen zu handeln, sowie die Pflicht der Bürger, sich an Verfassung und Gesetze zu halten. Er ist die Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Dass Zuwanderung Einfluss auf ein Land, gegebenenfalls sogar das Wertgefüge und Rechtssystem nimmt, liegt zunächst einmal in der Natur der Sache. Es ist jedoch streng zu differenzieren, ob rechtsstaatliche Statuten umgangen und verletzt werden oder lediglich gesetzgeberische Anpassungen an neue Rechtsfragen geschaffen werden müssen. Eine pluralistische Gesellschaft birgt großes Potenzial positiver Errungenschaften, aber auch ein Potenzial zur Fragmentierung, wenn Subkulturen oder Parallelgesellschaften entstehen und gesellschaftliche Grundwerte unbeachtet bleiben.

Der Rechtsstaat ist die **GRUNDLAGE** gesellschaftlichen Zusammenlebens.



Zuwanderung – Integration – Rechtsstaat – Gesellschaft: Wer beeinflusst hier wen?

Quelle: mauritius images / imageBROKER / ddp entars

Das ist inakzeptabel und muss durch entsprechende Maßnahmen, Gesetze und Initiativen verhindert werden.

Um geordnete Zuwanderungs- und Integrationsprozesse zu erreichen, müssen einerseits gesetzliche Grundlagen geschaffen und die Einhaltung geländen Rechts wieder voran getrieben werden, denn was nicht passieren darf, ist die Verselbständigung von Prozessen, vorbei an unserem Rechtsstaat. Andererseits darf selbstverständlich auch die gesellschaftsoziale Eingliederung der Zuwanderer nicht unterschätzt und außer Acht gelassen werden, denn, ihnen das Gefühl zu geben, sich integrieren zu können, ist eine nicht unbeachtliche Komponente des Erfolgs.

Die Hanns-Seidel-Stiftung hat im Februar 2017 im Rahmen ihrer „Rechtspolitischen Symposien“ diese Thematik unter dem Titel „Wirkt sich die Zuwanderung auf unseren Rechtsstaat aus?“ mit dem Bayerischen Justizminister und ausgewiesenen Experten eingehend erörtert. Die Ergebnisse stellen den Schwerpunkt dieser Ausgabe der Politischen Studien dar. Justizminister Winfried Bausback betont, dass ein „schwächelnder“ Rechtsstaat zahlreiche Gefahren für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt birgt. Frieden und Demokratie wollen verteidigt werden und sehen sich in einem solchen Klima durch Extremismus bedroht (ab S. 10).

Ein „schwächelnder“ Rechtsstaat **GEFÄHRDET** den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Der ehemalige Verfassungsrichter Hans-Jürgen Papier hält eine verbindliche Entscheidung darüber, wie viel Zuwanderung das Land verträgt, als politische Grundsatzentscheidung für unausweichlich (ab S. 19). Zwar gebe es immer Diskrepanzen, wenn Recht auf Wirklichkeit treffe, jedoch seien solche anhaltenden und exzessiven Verschiebungen wie in der derzeitigen Situation ein neues Phänomen und dem rechtsstaatlichen Gefüge nicht förderlich.

Auch aus Sicht der Strafverfolgung birgt Zuwanderung nicht unbeachtliche Gefahren für den Rechtsstaat. So sind die Fälle der Rohheitsdelikte und Rauschgiftkriminalität deutlich angestiegen. Zum einen handelt es sich um nicht unbeachtliche Kriminalitätsraten der Flüchtlinge in den Asylbewerberunterkünften untereinander, aber auch Terrorgefahr und Extremismus spielen in diesem Zusammenhang eine nicht zu unterschätzende Rolle. Dies schildert Robert Heimberger, Präsident des Bayerischen Landeskriminalamtes, in seinem Beitrag (ab S. 15).

Untergliedert in fünf Thesen stellt der Professor für Soziologie, Friedrich Heckmann, den Zusammenhang zwischen Rechtsstaat, Wertegemeinsamkeit und Zuwanderung dar. Damit deckt er die essenziellen Voraussetzungen und Gründe des Scheiterns ab. (ab S. 26)

Die im Ansatz der Zuwanderung breit diskutierte Frage, ob ein neues Zuwanderungsgesetz zu erlassen sei, oder die bestehenden Regeln ausreichen und „lediglich“ ihre Einhaltung zu gewährleisten sei, ist nur eines der zahlreichen rechtspolitischen Themen, die derzeit in dieser Materie zu Auseinandersetzungen führen. Daneben beschäftigen Themen wie Paralleljustiz, Kopftücher und religiöse Zeichen in öffentlichen

Ämtern oder das Asylrecht die Politik und Gerichte bereits seit langem. Neuere, durch die aktuelle Zuwanderung geprägte Themenfelder sind beispielsweise das Verschleierungsverbot vor Gericht. Hierzu hat das Bayerische Kabinett eine Bundesratsinitiative beschlossen, die die Bundesregierung auffordert, gesetzlich zu regeln, dass Verfahrensbeteiligte in Gerichtsverhandlungen ihr Gesicht in aller Regel weder ganz noch teilweise verdecken dürfen.

Die Zuwanderung wirft zahlreiche neue **RECHTSPOLITISCHE** Themen auf.

Ein weiteres aktuelles Thema ist das Verbot von Kinderehen. Der umstrittene Gesetzesentwurf hierzu, der vor allem auf im Ausland geschlossene Ehen mit jungen Mädchen zielt und diese weitgehend annulliert, ist bereits beschlossen. Zudem dreht sich die Debatte derzeit um eine Ausweitung der Abschiebepaxis, als „Wiedergutmachung“ der diversen Versäumnisse im Rahmen der Zuwanderung. Der Bund will die Zahl der Abschiebungen offenbar deutlich erhöhen. Eine wichtige Grundlage der Umsetzung und Durchsetzung neuer und alter Regelungen ist auch die Aufstockung von Beamten im BAMF, dem Vollzug und der Justiz, um eine zeitnahe und inhaltliche Bearbeitung der Fälle zuverlässig zu gewährleisten.

Daraus lässt sich erkennen, dass uns die rechtspolitische Debatte um das Thema Zuwanderung auch die nächsten

Jahre begleiten wird. Die verschiedenen Facetten werden kaum zu antizipieren und einheitlich zu lösen sein. ///



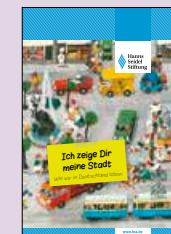
/// **KEA-SOPHIE STIEBER**

ist Referentin für Recht und Verfassung, Europäische Integration der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

#### ZUR INFORMATION:



Glossar  
„Asyl – Flucht – Migration“



Publikation  
„Ich zeige Dir meine Stadt“

/// Außer Diskussion

## DIE PRINZIPIEN UNSERES RECHTSSTAATES

**WINFRIED BAUSBACK ///** 2015 kamen mehr als zwei Millionen Menschen nach Deutschland, von denen viele aus fremden Kulturkreisen mit teils fundamental anderen Vorstellungen von Staat und Gesellschaft stammen. Was bedeutet das für unser Staatsverständnis? Darf sich Zuwanderung auf unseren Rechtsstaat auswirken? Meine Antwort ist klar: Nein! Die Prinzipien unseres Rechtsstaats stehen nicht zur Debatte.

Das Fundament unseres Zusammenlebens ist unser Grundgesetz, unsere Verfassung. Demokratie, Freiheit, Gleichberechtigung, die Würde und freie Entfaltung jedes Einzelnen sind die Säulen unseres Staates, genauso wie die Freiheit

Das Grundgesetz ist das **UNVERRÜCKBARE** Fundament unserer Gesellschaft.

und Unabhängigkeit der Presse, das freie Wort und das Recht auf eine eigene Meinung. Das sind die Grundlagen unserer Gesellschaft. Diese Werte sind in unserer Rechtsordnung verankert. Sie

dürfen nicht zur Disposition stehen. Sie sind eine „conditio sine qua non“. Sie stehen unverrückbar fest.

### Die Flüchtlingswelle hat Erschütterungen ausgelöst

Leider zeigen verschiedene Ereignisse und Phänomene der jüngeren Vergangenheit, besonders auch im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise im Herbst 2015 und der vermehrten Zuwanderung nach Deutschland, dass uns hier die Selbstverständlichkeit, mit der diese Werte bisher Akzeptanz fanden, abhanden kommen kann. Schauen wir zunächst auf den massenhaften und unkontrollierten Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland, wie wir ihn im Herbst 2015 erlebt haben. Hier hatte der deutsche Rechtsstaat „einen schwachen Moment“ – oder besser „schwache Momente“. Die Bundesbehörden hatten nicht die Antworten parat, die nötig gewesen



Eine Vollverschleierung entspricht nicht dem Rollenbild der Frau in der westlichen Gesellschaftsordnung und sollte daher nicht geduldet werden.

wären oder die man von ihnen erwartet hätte. Das Problem war nicht, dass Deutschland seiner humanitären Verantwortung nicht gerecht werden konnte – das konnte es. Das Problem war, dass für eine Zeit der Eindruck entstand, der Rechtsstaat habe, vor allem an den Grenzen und bei der Bearbeitung von Asylanträgen, die Kontrolle über die Situation verloren. Es entstand auch der Eindruck, der Staat handle nicht mehr in jedem Fall nach geltendem Recht und Gesetz.

Viele solcher „schwachen Momente“ darf sich ein Rechtsstaat nicht leisten. Sie wirken wie ein Katalysator für schwelende Zweifel an seiner Autorität. Sie sind eine Einladung an seine Gegner,

sich aus der Deckung zu wagen und Brandsätze in die Fenster unseres großartigen demokratischen Hauses zu werfen und so unser Demokratiesystem zu gefährden, das auf Rechtsbewusstsein, Vertrauen und Akzeptanz fußt. Ein starker Rechtsstaat muss gewappnet sein. Er muss Extremismuswellen brechen, die sich in solchen Situationen von links und rechts gegenseitig aufschaukeln. Er muss religiösen Extremismen wie einem politischen Islam, die nach Einbruchstellen in unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung suchen, die Stirn bieten. Und er muss den gesellschaftlichen Frieden verteidigen, wenn beispielsweise im Internet gehetzt, verleumdet und beleidigt wird oder bewusst Falschinformation

onen gestreut werden – gerade auch zum Thema Flüchtlinge und Zuwanderung. All das muss ein starker Rechtsstaat leisten können und leisten. Und wir, die Bürger dieses Landes und der Staat mit seinen Organen, müssen unsere Werte, unsere Demokratie aktiv verteidigen. Es reicht an dieser Stelle nicht, nur still auf unsere gewachsene Rechtsordnung zu vertrauen. Eine starke freiheitliche Demokratie, ein starker Rechtsstaat muss an dieser Stelle wachsam und auch wehrhaft sein. All dies sind keine theoretischen Fragen. Viele der beschriebenen Probleme sind nämlich bereits bittere Realität.

### **Bürger und Staat müssen auf ihren Rechtsstaat **AKTIV** Acht geben.**

#### **Recht muss Wertentscheidungen treffen**

Was bedeutet das konkret für unseren Rechtsstaat? Welche Antworten muss ein wehrhafter Rechtsstaat geben? Reicht es aus, geltendes Recht nur geräuschlos um- und durchzusetzen? Oder brauchen wir Korrekturen und Ergänzungen unserer Gesetze? Die Prämisse ist: Das Recht muss gerade in schwierigen Zeiten Leuchtturm und Richtschnur allen Handelns sein. Es muss klare Grenzen ziehen. Es muss ordnen. Es muss Wertentscheidungen treffen. Das Recht muss seine Leitfunktion wahrnehmen. Und die Politik darf sich nicht wegducken; sie muss sich trauen, die notwendigen Debatten zu führen.

### **Unser Recht hat **LEITFUNKTION**.**

Ich möchte an dieser Stelle besonders drei Bereiche in den Blick nehmen, wo eine solche Wertentscheidung sichtbar werden muss: bei der Diskussion um ein sog. Burka-Verbot, bei der Frage, ob es einen Strafabatt wegen kultureller Prägung des Täters geben darf, und im Zusammenhang mit sog. Kinderehen.

#### **Keine Anerkennung von Kinderehen**

Bei der Frage, ob im Ausland geschlossene Kinderehen hier in Deutschland gültig sein können, zeichnet sich nach langer politischer Diskussion ein gangbarer Weg ab – auch dank intensiver bayerischer Intervention in Berlin. Ehen, die mit Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren geschlossen worden sind, sollen bei uns null und nichtig sein. Wird die Ehe zwischen 16 und 18 Jahren geschlossen, wird im Einzelfall geprüft, ob die Ehe gültig sein kann. Für mich war an dieser Stelle immer eines wichtig: Es geht hier zuallererst um das Wohl und den Schutz der betroffenen Mädchen und jungen Frauen. Es geht aber auch um das klare und unmissverständliche Signal, dass unsere Werte nicht zur Disposition stehen. Denn solche Ehen manifestieren ein Frauen- und Familienbild, das unseren Grundprinzipien des Schutzes des Kindeswohls, der Freiheit und der Gleichberechtigung diametral entgegenläuft. Hier muss der Schutzauftrag des Staates klar Vorrang vor religiösen oder kulturellen Überzeugungen

haben, die viele Zuwanderer aus ihrem Heimatland, aus ihrem Kulturkreis mitbringen.

#### **Burka und Co. als Zeichen der Unterdrückung und Bevormundung**

Manche bezweifeln, dass wir angesichts der Zahl der Burka- oder Niqab-Trägerinnen in Deutschland eine größere Debatte darüber führen müssen, ob eine solche Gesichtsverhüllung verboten werden muss und vor allem, wo sie auf keinen Fall tragbar erscheint. Aber: Es geht hier um mehr als nur eine Regelung, wo und wann eine Gesichtsverschleierung im öffentlichen Leben erlaubt oder nicht erlaubt sein sollte. Es geht um die Entscheidung, welche Grundwerte wir in unserem Land nach außen tragen wollen: die der Freiheit und Gleichberechtigung oder die der Unterdrückung und Bevormundung. Daher sage ich: Diese Debatte ist notwendig. Wir sollten dabei kritisch hinterfragen, ob bei einer Vollverschleierung das Grundrecht der Religionsfreiheit in Anspruch genommen werden kann. Ich meine, wir brauchen hier aktuell auch eine Debatte über die Reichweite des Schutzbereiches der Religionsfreiheit. Die Vollverschleierung rührt aus vorislamischer Zeit her, und der Koran erwähnt sie nicht ausdrücklich. Sie ist vielmehr Ausdruck eines fundamentalistischen, frauenverachtenden und nicht integrationsbereiten politischen Islams. Aber selbst wenn die Vollverschleierung unter die Religionsfreiheit fiel, sollte man hinterfragen, ob bei dem vom Bundesverfassungsgericht postulierten, möglichst schonenden Ausgleich der Religionsfreiheit mit widerstreitenden anderen Verfassungsgütern hier nicht Letzteren ein höheres Gewicht beizumessen ist, insbesondere

den Grundwerten unserer, auf offene Kommunikation angelegten, freiheitlich-demokratischen Gesellschaft und den widerstreitenden Grundrechten der Menschen, die hier leben. Unabhängig von dieser generellen Frage steht für mich als Bayerischer Justizminister in jedem Fall fest: Vor Gericht kann und darf es keine Verschleierung der Verfahrensbeteiligten geben. Denn Burka und Niqab können vor Gericht die Wahrheit verschleiern und die Durchsetzung materieller Gerechtigkeit erschweren – und das können wir in einem Rechtsstaat nicht dulden.

#### **Kein Strafabatt wegen kultureller Prägung**

Eine ähnlich wegweisende Entscheidung stellt sich bei der Frage, ob Straftäter einen Strafabatt wegen ihrer kulturellen Prägung erhalten sollen. Ja oder nein? Was wir hier brauchen, ist eine klare und eindeutige Wertentscheidung des Gesetzgebers. Taktgeber müssen dabei unsere Wertvorstellungen sein. So-

### **Kulturelle Prägung darf sich **NICHT** auf Urteil und Strafmaß auswirken.**

genannte Ehrenmorde, Zwangsheirat, Genitalverstümmelungen und sexuelle Übergriffe – das sind und bleiben schwere Straftaten, egal ob sie von Tätern begangen werden, deren Rechtsempfinden und Wertvorstellungen anders geprägt sind als die unseren. Diese Täter dürfen nicht unter Verweis auf

ihre Kultur und Herkunft privilegiert werden können. Sie dürfen nicht per se von ihren möglicherweise anderen Wertvorstellungen profitieren, wenn es um die Bemessung einer gerechten Strafe geht. Wertvorstellungen, die etwa einen Mord als Wiederherstellung der Ehre deuten, können und dürfen bei uns keinen Wert haben. Hier müssen wir unseren Richtern klare gesetzliche Vorgaben an die Hand geben, dass kulturelle oder religiöse Beweggründe des Täters für sich gesehen keine Strafmilderung rechtfertigen. ///



/// PROF. DR. WINFRIED  
BAUSBACK, MDL

ist Bayerischer Justizminister, München.

/// Auswirkungen der Flüchtlingskrise auf die Kriminalität

## DIE AKTUELLE SICHERHEITSLAGE IM KONTEXT DER ZUWANDERUNG IN BAYERN

**ROBERT HEIMBERGER** /// Das grenznahe Bayern hat seit der Flüchtlingskrise eine große Zahl von Asylbewerbern abzuwickeln. Seither ist auch die Anzahl der Straftaten gestiegen, vor allem in Asylbewerberunterkünften. Auf die rechtsextremistische Szene hat sich die aktuelle Situation in Deutschland entsprechend ausgewirkt, die Bevölkerung soll durch rechte Hetze verunsichert werden. Die Polizei beobachtet Islamisten und islamistische Gefährder engmaschig, um potenzielle Attentate zu verhindern.

Bayern war lange Zeit das Ziel der Haupteinreisroute von Flüchtlingen. Die Erstversorgung der überwiegenden Anzahl der Flüchtlinge war von den bayerischen Behörden zu gewährleisten. Insbesondere ab Mai 2015 stiegen die Zuwanderzahlen stetig – beinahe exponentiell – nach oben. Erst mit der Schließung der Balkanroute im Frühjahr 2016 ging der Zustrom von Flüchtlingen nach Bayern erheblich zurück. Laut Ausländerzentralregister sind derzeit im Freistaat mehr als 1,7 Millionen Ausländer erfasst. Von diesen Nichtdeutschen sind rund 185.000 Personen Zuwanderer, also Personen mit dem Aufenthaltsstatus Asylbewerber, Geduldeter, Kontingentflüchtling, international / nationaler Schutzberechtigter und Asylberechtigter sowie Personen unerlaubten Aufenthaltes. Aufgrund der aktuellen

Situation in Syrien ist die Anzahl der Zuwanderer aus diesem Land mit 24 % aller registrierten Personen deutlich führend, gefolgt von Afghanistan mit einem Anteil von 15 % und dem Irak mit einem Anteil von 13 %.

### Zunahme von Straftaten

Der überwiegende Teil der erfassten Ermittlungsvorgänge aus dem Jahr 2016 mit tatverdächtigen Zuwanderern betrifft den Bereich Rohheitsdelikte mit rund 33 % aller Straftaten ohne die ausländerrechtlichen Verstöße und bei deutlich steigender Tendenz im Vergleich zum Vorjahr. Tatverdächtige aus Syrien, Afghanistan, Irak und Nigeria sind hier besonders auffällig, ca. zwei Drittel der Opfer sind dabei ebenfalls Zuwanderer. Tatörtlichkeit dieser Delikte stellen zum größten Teil die Asyl-





Die Aufgaben der Polizei sind durch die Flüchtlingskrise enorm gestiegen.

bewerberunterkünfte dar. Der zweitgrößte Deliktsbereich sind mit ca. 25 % die Vermögens- und Fälschungsdelikte. Die Diebstahlsdelikte liegen bei einem Anteil von etwa 20 %, wobei insbesondere bei Ladendiebstählen die Fallzahlen sinken. Im Bereich Wohnungseinbruchdiebstahl sind vor allem Tatverdächtige aus dem Balkanraum und den ehemaligen Sowjetrepubliken zu verzeichnen. Die Zahl der durch Zuwanderer begangenen Sexualdelikte weist mit etwa 504 Fällen (298 Fälle im Jahr 2015) eine deutliche Steigerung im Verhältnis zum Vorjahr auf. Die Tatverdächtigen kommen überwiegend aus Afghanistan, Syrien und dem Irak. In ca. zwei Dritteln der Fälle sind die Opfer deutsche Staatsangehörige. Der Großteil der Taten ereignete sich in Asylbewerberunter-

künften oder im häuslichen Umfeld, ungefähr jedes fünfte Delikt geschah im öffentlichen Raum.

Hervorzuheben sind die kontinuierlich steigenden Deliktzahlen im Bereich der Rauschgiftkriminalität und die auffallende Belastung der Städte München und Nürnberg. Den Hauptanteil der Tatverdächtigen bilden dabei Zuwanderer aus den Ländern Afghanistan, Syrien und Irak. Die Anzahl der

**Brennpunkt der Polizeieinsätze sind die ASYLBEWERBERUNTERKÜNFTE.**

Straftaten gegen das Leben stiegen 2016 in Bayern deutlich, wobei die Zuwanderer in diesem Deliktsbereich überproportional vertreten sind. Insgesamt handelte es sich um 76 Fälle überwiegend im Versuchsstadium. In 10 Fällen wurde das Opfer getötet. Auch hier ereigneten sich mehr als zwei Drittel der Fälle innerhalb einer Asylbewerberunterkunft. In einem Fall im Versuchsstadium war die Geschädigte eine deutsche Betreuerin von Asylbewerbern. Herausragende Fälle der versuchten Tötung waren im Juli 2016 die islamistisch motivierte Attacke eines 17-jährigen afghanischen Flüchtlings in einem Regionalzug in Würzburg sowie der erste islamistisch motivierte Selbstmordanschlag eines syrischen Flüchtlings in Ansbach.

Bei Straftaten zum Nachteil von Zuwanderern wurden größtenteils, nämlich bei ca. 76 % aller Fälle, andere Zuwanderer als Tatverdächtige ermittelt. Zusätzlich spricht bei der Betrachtung von nicht aufgeklärten Straftaten in Asylbewerberunterkünften vieles dafür, dass der Anteil von Zuwanderern als Tatverdächtige zum Nachteil von Zuwanderern noch höher anzusetzen ist und dass viele Taten erst gar nicht zur Anzeige gebracht werden.

#### **Die Problemstellung aus Sicht des Staatsschutzes**

Bei den vorgenannten Zahlen stellt sich unter anderem die Frage, welche Problemstellung sich nun insbesondere aus Sicht des polizeilichen Staatsschutzes ergibt. Besonders gravierend sind die Folgen der Flüchtlingssituation auf die Stärkung der rechtsextremistischen Szene. Laut Verfassungsschutzbericht 2015 sind ca. 2.200 Personen in Bayern dem rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnen. Davon sind ca. 1.000 Personen

gewaltorientiert. Im Bereich der politisch motivierten Kriminalität (PMK) „rechts“ war 2015 eine Zunahme sowohl der Delikte insgesamt als auch der Gewaltdelikte zu verzeichnen. Hier ist eine signifikante Steigerung im Themenfeld „Ausländer- / Asylthematik“ zu erkennen, korrespondierend mit den Unterthemen „Unterbringung von Asyl-

**Bei Straftaten gegen Unterkünfte von Asylbewerbern kommen die Tatverdächtigen häufig NICHT zwangsläufig aus der einschlägigen rechten Szene.**

bewerbern“, „gegen Asylunterkünfte“, „fremdenfeindlich“ und „rassistisch“. Ein leichter Rückgang der Straftaten waren im Unterthemenfeld „antisemitisch“ (Hasskriminalität) zu verzeichnen.

2016 wurden in Bayern 94 Fälle PMK gegen Asylunterkünfte begangen. Dies bedeutet eine Steigerung zum Vorjahreszeitraum um 21 %. Ursächlich hierfür war u. a. die steigende Anzahl an potenziellen Tatgelegenheiten, die schwierige Unterbringungssituation der Asylbewerber als Anknüpfungspunkt für die rechte Szene und die zunehmende Besorgnis vor islamistischen Anschlägen.

Generell zeigt sich, zum Beispiel an der bundesweiten Auswertung des BKA im Zusammenhang mit Angriffen auf Asylbewerberunterkünfte, dass häufig Tatverdächtige ermittelt werden, die zuvor noch nicht einschlägig „rechts“ in Erscheinung getreten sind. So waren es

im Jahr 2015 551 Tatverdächtige, bei 135 von ihnen waren Staatsschutzvorkenntnisse vorhanden. Gleichwohl ermitteln die Staatsschutzbehörden von Bund und Ländern bei diesen Fällen selbstverständlich auch in Richtung rechtsterroristischer Strukturen.

### Terrorangst in Deutschland

In der Bevölkerung ist die Sorge vor Terroranschlägen in Deutschland sehr groß. Dadurch wird der rechten Propaganda neues Potenzial eröffnet, welches diese auch ausgiebig nutzt. Vielen Bürgern ist der Unterschied zwischen muslimischen Flüchtlingen und islamistischen Terroristen bekannt, doch es werden Zweifel durch die rechte Hetze gesät.

Unbestritten ist durch die Flüchtlingssituation potenziellen Attentätern eine weitere Möglichkeit gegeben, unerkannt nach Europa einzureisen. Die Fälle aus Paris und Brüssel belegen eindeutig, dass die Flüchtlingsrouten genutzt werden. Fakt ist, dass die Mehrzahl aller Terroristen bislang im eigenen Land radikalisiert wurde. Wir sprechen hier vom sogenannten „home grown terrorism“. Sicherlich müssen wir auch davon ausgehen, dass sich angesichts der enorm hohen Zahlen an Asylantragstellern sowohl aktive als auch ehemalige Mitglieder, Unterstützer oder Sympathisanten von terroristischen Organisationen unter den Antragstellern befinden. Ebenso kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Einzelpersonen mit extremistischer Gesinnung oder Kriegsverbrecher unter den Flüchtlingen befinden. Solchen Hinweisen, die aktuell zunehmend nachgegangen, wird in jedem Einzelfall umgehend nachgegangen. Bundesweit sind aufgrund dieser Hinweise mehr als 100 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

Bekannt Personen, von denen eine Gefahr ausgehen könnte, werden von der Polizei besonders im Auge behalten. Wir klassifizieren sie als „Gefährder“ oder „relevante Personen“. Die Anzahl dieser Personen in Bayern bewegt sich in beiden Kategorien jeweils im mittleren zweistelligen Bereich.

Gegen Islamisten aus Bayern, die in Richtung Syrien bzw. Irak gereist sind, die solche Reisen planen oder dort agierende islamistisch terroristische Organisationen unterstützen, werden die jeweils erforderlichen Maßnahmen in enger Kooperation mit den zuständigen Sicherheitsbehörden durchgeführt.

Von den rund 100 bekannten Personen halten sich derzeit ca. 28 im Krisengebiet auf. Zu zehn Personen liegen Hinweise vor, dass sie in Syrien oder im Irak verstorben sind. 20 Personen, die sich im Krisengebiet aufhielten, sind bereits wieder nach Bayern zurückgekehrt. Unser Ziel ist es, möglichst viele der Ausreisepfanungen frühzeitig zu erkennen, um deren Verwirklichung zu unterbinden. Wir schöpfen dabei alle gesetzlichen Möglichkeiten im Verwaltungs- und Ausländerrecht aus. ///



### /// ROBERT HEIMBERGER

ist Präsident des Bayerischen Landeskriminalamtes, München. Er leitete 2014 und 2015 den Planungsstab und die Einsatzleitung des G7-Gipfels in Elmau.

### /// Kritische Anmerkungen eines Juristen

## ASYLPOLITIK BRAUCHT GESETZLICH GEREGLTE HANDLUNGSANWEISUNGEN

**HANS-JÜRGEN PAPIER** /// In der Asyl- und Flüchtlingspolitik muss zwischen dem individuellen Recht auf Schutz vor Verfolgung auf der einen Seite und der Aufnahme von Migranten aus humanitären Gründen oder im Sinne einer gesteuerten Migrationspolitik auf der anderen Seite unterschieden werden. Wenn die Verfahren zu Asylgewährung und Einwanderung vermischt werden, kann dies zu erheblichen Fehlern in der Integrationspolitik führen und den Frieden in unserem Verfassungsstaat gefährden.

„Demokratie ist gewiss ein preisenswertes Gut, Rechtsstaat aber ist wie das tägliche Brot, wie Wasser zum Trinken und wie Luft zum Atmen, und das Beste an der Demokratie gerade dieses, dass nur sie geeignet ist, den Rechtsstaat zu sichern.“ Diese vielleicht etwas pathetisch klingenden Worte stammen aus dem Jahre 1946 und wurden niedergeschrieben von dem bekannten Rechtsphilosophen Gustav Radbruch am Schluss seines berühmten Aufsatzes „Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht“.<sup>1</sup> Darin kommt die Erkenntnis zum Ausdruck, dass Demokratie eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für die Bewahrung von Rechtsstaatlichkeit ist und dass es deshalb über die demokratiestaatlichen Vorgaben der Verfassung hinaus weiterer Schutzmechanismen für die Wahrung einer freiheitlichen Verfassungsordnung bedarf.

### Definition von Rechtsstaatlichkeit

Der dogmatische Gehalt des Rechtsstaatsbegriffs kann nicht auf einen einfachen definitorischen Nenner festgelegt werden. Aber zum unverzichtbaren Bestandteil einer rechtsstaatlichen Ordnung gehört die Rechtsbindung aller staatlichen Gewalt. Art. 20 Abs. 3 GG drückt das wie folgt aus: „Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.“ Auf dieser Grundlage werden die Sozialordnung zur Rechtsordnung und das Individuum zum Rechtssubjekt.<sup>2</sup> Zur Rechtsstaatlichkeit gehört mit anderen Worten die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung ebenso wie die Bindung der Gerichte an Gesetz und Recht. Während der Vorrang des Gesetzes zur Folge hat, dass die vollziehende Gewalt die bestehenden gesetzlichen Re-

gelingen beachtet und nicht davon abweicht, stellt der Grundsatz vom Vorbehalt des Gesetzes die Verwaltungstätigkeit in bestimmten Lebensbereichen, insbesondere wenn es um Eingriffe in Freiheit und Eigentum oder die Regelung von Fragen der Grundrechtsausübung geht, unter den Vorbehalt einer gesetzlichen Ermächtigung. Die Exekutive darf also hier nur tätig werden, wenn sie durch ein Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes dazu ermächtigt ist.

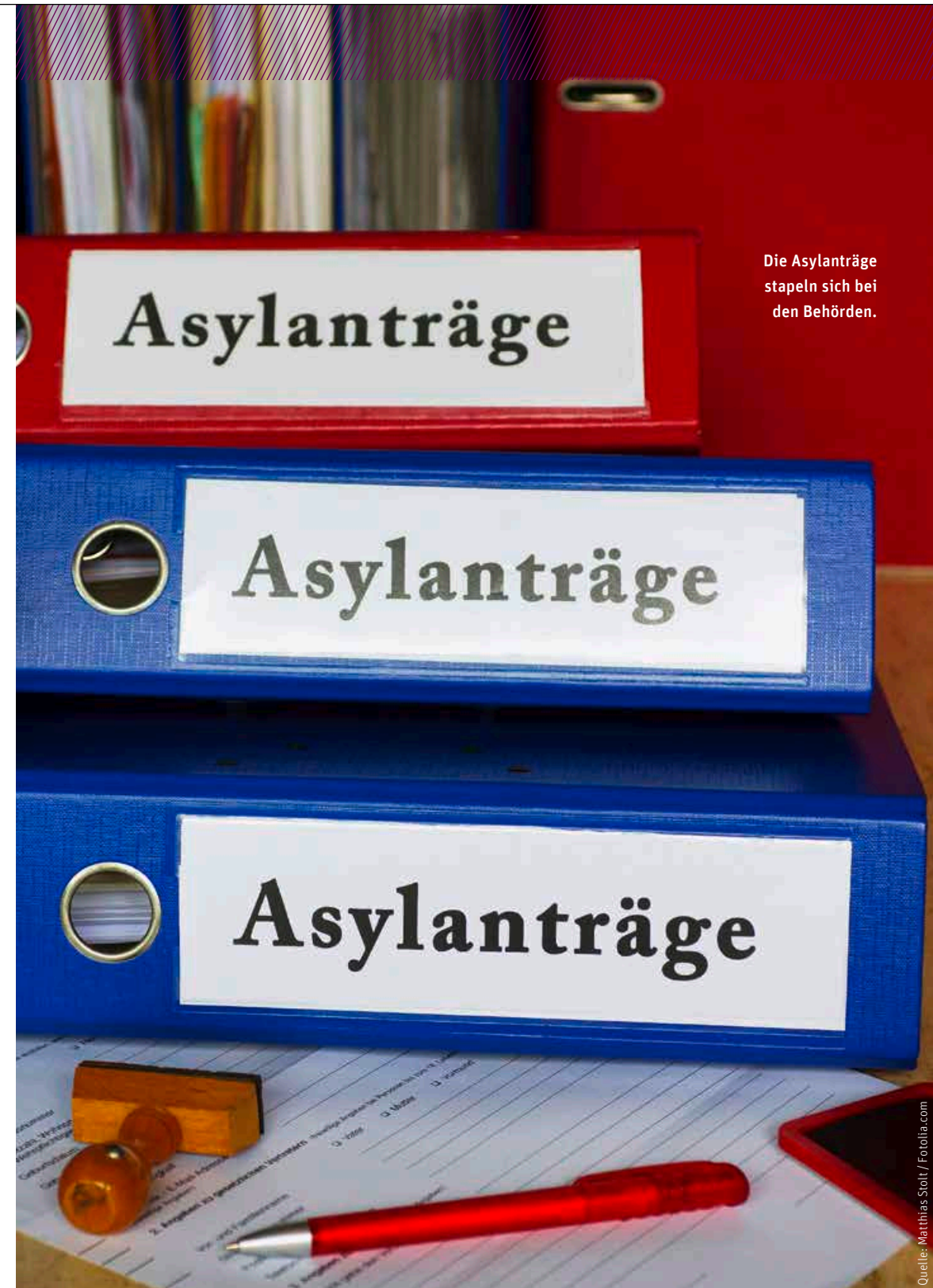
**Noch nie war in der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik die **KLUFT** zwischen Recht und Wirklichkeit so tief wie derzeit.**

Allerdings wird man immer gewisse Abstriche am rechtsstaatlichen Postulat der uneingeschränkten Herrschaft des Rechts machen müssen, wenn Recht auf Wirklichkeit trifft, was übrigens ein durchaus gewollter und unvermeidbarer Vorgang ist. Der Satz „Fiat iustitia et pereat mundus“, frei übersetzt: „Es gelte das Recht, und gehe die Welt darüber zugrunde“, kann in einem sozialen Rechtsstaat auch nicht die uneingeschränkte Maxime sein. Aber das, was wir in letzter Zeit in Deutschland im Bereich Asyl und Migration erleben bzw. erlebt haben, ist in dieser Hinsicht doch neuartig.<sup>3</sup> Noch nie ist in der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union das Zusammentreffen von Recht und Wirklichkeit in solch kritischem

Umfang zu Lasten der Herrschaft und der Durchsetzung des Rechts ausgegangen wie auf diesem Politikfeld.

#### Gründe für Asylentscheidungen

Ich kann in diesem Zusammenhang hier nicht auf Einzelheiten eingehen, aber einige allgemeine Bemerkungen seien mir gestattet. Die Asyl- und Flüchtlingspolitik in Deutschland krankt seit jeher daran, dass sie es versäumte, von vornherein und rechtzeitig zwischen dem individuellen Recht auf Schutz vor Verfolgung auf der einen Seite und der Aufnahme von Migranten, sei es aus humanitären Gründen, sei es aus Gründen einer im wohl verstandenen Eigeninteresse Deutschlands erfolgenden Einwanderungspolitik auf der anderen Seite, zu unterscheiden. Letztere erfolgte nicht aufgrund verfassungsrechtlicher, unionsrechtlicher oder völkerrechtlicher Verpflichtungen, sondern aufgrund politischer Ermessensentscheidungen, sei es aus humanitären Gründen, sei es aufgrund einer bewussten und gezielten Einwanderungspolitik. Die letztere Entscheidung über Art und Umfang der Einwanderung müsste wegen ihrer politischen Tragweite vom Parlament und durch ein Gesetz getroffen werden. Sie ist von der geltenden Asylgesetzgebung jedenfalls nicht mehr gedeckt. Denn, wie viel Zuwanderung dieses Land verträgt, benötigt oder hinzunehmen bereit ist, ist eine politische Grundsatzentscheidung, die in einer parlamentarischen Demokratie unter Heranziehung der bekannten Wesentlichkeitsrechtsprechung<sup>4</sup> des Bundesverfassungsgerichts von dem demokratisch legitimierten Parlament zu treffen ist.<sup>5</sup> Auch die Länder wären über den Bundesrat zu beteiligen. Diese Entscheidung darf auf Dauer nicht von den



Die Asylanträge stapeln sich bei den Behörden.

### Es ist eine **POLITISCHE** Grundsatzentscheidung, wie viel Zuwanderung Deutschland verträgt.

exekutivischen Organen des Bundes im Gewand eines scheinbaren Asylrechtsvollzuges mehr oder weniger paralegal getroffen werden.

#### Konsequenzen

In der Folge der aufgezeigten Fehlentwicklung leben in Deutschland sehr viele Ausländer, die den materiellen Status als Flüchtling nicht erlangt haben, ihn nie erlangen werden oder ihn aufgrund unkorrekter, oberflächlicher und eiliger Anwendung geltenden Rechts in fragwürdiger Weise erlangt haben. In den beiden ersten Fällen wird neuerdings in verstärktem Maße auf eine konsequente Ausweisung und Abschiebung verwiesen. Der effizientere Einsatz dieser Instrumente ist an sich nicht falsch, das Problem kann aber damit nur zu einem gewissen Teil gelöst werden. Der Staat kann Nicht-EU-Ausländern die voraussetzungslose Einreise verweigern und sie an der Grenze abweisen. Er kann Nicht-EU-Ausländer aber nicht ohne Weiteres ausweisen, wenn diese einmal, sei es legal, sei es aber auch illegal, in sein Hoheitsgebiet gelangt sind. Dem Ausländer wächst mit jedem Gebietskontakt ein deutscher Grundrechtsstatus zu, der verschiedene und relativ hohe Hürden gegen Ausweisungen und Abschiebungen errichtet. Von den praktischen Schwierigkeiten möchte ich hier einmal ganz absehen, obgleich diese

vielfach die höheren Hürden ausmachen (Stichworte: Fehlen der Papiere, der Rücknahmebereitschaft der Heimatländer, Geltendmachung einer Erkrankung, etwa psychischer Art, Untertauschen oder Identitätswechsel vor der Abschiebung, Fehlen von Personal beim Vollzug).

#### Unterscheidung von Immigranten und Asylanten

Die Vermischung von Asylgewährung und Einwanderung kann im Übrigen auch zu gravierenden Fehlern in der Integrationspolitik führen.<sup>6</sup> Von Menschen, die legal in dieses Land einwandern, kann und muss eine hohe Integrationsbereitschaft und -fähigkeit erwartet und verlangt werden. Sie wollen und sollen dauerhaft Einwohner, ja vielleicht sogar Staatsbürger dieses Landes werden. Flüchtlingen im Sinne des internationalen und nationalen Rechts wird hingegen im Grundsatz vorübergehender Schutz vor Verfolgung gewährt, nämlich solange, wie die Fluchtgründe im Heimatland andauern. Rückkehrmöglichkeit, Rückkehrwilligkeit, Rückkehrbedürftigkeit und Rückkehrnotwendigkeit sind so von vornherein mit angelegt. Integrationsbereitschaft und Integrationserfolge können hier jedenfalls nicht in gleicher Weise erwartet oder verlangt werden wie bei denen, die legal und auf Dauer in dieses Land einwandern. Will man Integration sinnvoll regeln, muss man die unterschiedlichen Integrationsziele festlegen und sich darüber im Klaren werden, dass die im Zuge der neueren Flüchtlingsbewegungen in dieses Land kommenden Ausländer einen höchst unterschiedlichen Aufenthaltsrechtlichen Status mit unterschiedlichen Zeithorizonten haben. Wer diese Unterschiede nicht sieht und nicht

sehen will, wer insbesondere nicht bereit ist, zwischen unberechtigt sich im Land aufhaltenden Personen, Flüchtlingen im Rechtssinne und legal zuwandernden Menschen zu unterscheiden, wird bei der Integration kurz oder lang Schiffbruch erleiden.

#### Grenzen der Integrationspflichten

Wenn neuerdings gefordert wird, vom Ausländer von Rechts wegen ein Bekenntnis zur deutschen Leitkultur und eine entsprechende rechtlich sanktionierte Verpflichtung zu deren Beachtung zu verlangen, stößt das im Übrigen auf verfassungsrechtliche Bedenken.<sup>7</sup> Zum einen ist der Begriff der deutschen Leitkultur relativ unbestimmt. Will man die deutsche Leitkultur im Sinne der Werteordnung des Grundgesetzes verstehen, besteht andererseits folgender Vorbehalt: Es ist zwar richtig, dass die Grundrechte des Grundgesetzes und andere Verfassungsprinzipien Ausdruck einer normativen Werteordnung sind, diese gewährleisten aber gerade auch die religiöse und kulturelle Vielfalt, also nicht Homogenität, sondern Pluralität und Heterogenität, selbstverständlich innerhalb der für alle geltenden Gesetze. Zu der grundgesetzlichen Werteordnung und damit zur Leitkultur gehören eben beispielsweise auch die Religions- und die Meinungsfreiheit. „Die Bürger sind grundsätzlich auch frei, grundlegende Wertungen der Verfassung in Frage zu stellen oder die Änderung tragender Prinzipien zu fordern“, so das Bundesverfassungsgericht in einem Beschluss aus dem Jahre 2009.<sup>8</sup> Es gibt in unserer Verfassung keine Grundpflichten, weder für Deutsche noch für Ausländer, bis auf die Pflicht, die Gesetze und das Gewaltmonopol des Staates zu achten.

In jedem Fall gilt: Eine verfehlte und aus dem Ruder gelaufene Asyl- und Einwanderungspolitik kann nicht über ein „nachgeschobenes“ Integrationsgesetz in jeder Hinsicht wieder repariert werden. Es geht eben nicht, mit sogenannten Integrationsgeboten rechtsstaatliche Standards partiell preiszugeben. Es gibt keine Rechtspflicht aus dem Grundgesetz zur Loyalität gegenüber dieser Werteordnung, keine Rechtspflicht zur verfassungsfreundlichen Gesinnung; es gibt nur die allgemeine, für jedermann geltende Rechtspflicht zum Rechtsgehorsam.

Die **PFLICHT**, sich an Rechtsnormen zu halten, gilt uneingeschränkt für jedermann.

#### Unterscheidung zwischen Asyl- und Migrationspolitik

Ich fasse zusammen: Es gilt, drei Komplexe zu unterscheiden: Die Asylgewährung im rechtlichen Sinne. Die freiwillige Gewährung von Schutz für Flüchtlinge, die sich etwa bereits in Drittstaaten aufhielten, aus Gründen der Humanität und der Solidarität mit anderen Staaten. Und drittens die gesetzlich zugelassene und gesetzlich zu regelnde Zuwanderung, wenn sie dann auch aus wirtschaftlichen und demografischen Gründen des eigenstaatlichen Gemeinwohls politisch gewollt ist. Die Handhabung des Asylrechts muss sich strikt auf das konzentrieren, was es leisten kann und soll, nämlich aktuell politisch Verfolg-

## Das **ASYLRECHT** soll aktuell politisch Verfolgten Schutz gewähren.

ten Schutz zu gewähren, also in der Regel durch ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht.

Darüber hinaus hat natürlich jeder Staat die Möglichkeit und das Recht, ohne völker- und europarechtliche oder innerstaatliche Verpflichtung, weitere Personen, die beispielsweise bereits anderswo hinreichenden Schutz gefunden haben, aufzunehmen. Die Zahl dieser, aus humanitären Gründen oder aus Gründen der zwischenstaatlichen Solidarität Aufzunehmenden kann mit Kontingenten oder Obergrenzen selbstverständlich begrenzt werden.

Und schließlich kann der Staat darüber befinden, in welchen Fällen und in welchem Umfang er auch aus eigenem Interesse Einwanderung ermöglicht. Darüber müsste dann das Parlament im Wege einer Einwanderungsgesetzgebung befinden. Es war und ist ein Kardinalfehler der Politik, diese drei Aspekte nicht hinreichend zu trennen und alles über die damit hoffnungslos überforderten und dafür gar nicht vorgesehenen Asylverfahren laufen zu lassen.

Die Probleme haben sich auch längst nicht erledigt, nur weil sich im Augenblick die Flüchtlingszahlen im Verhältnis zum Vorjahr verringert haben. Das darf uns nicht hindern, immer wieder eine rechtsstaatskonforme, vom Rechtsbewusstsein geleitete Asyl- und Migrationspolitik einzufordern.

### Schlussbemerkung

Es ist unbestreitbar, dass auch der Verfassungsstaat auf Dauer von gewissen identitätsstiftenden Voraussetzungen abhängt, etwa von einer gewissen Homogenität der Bevölkerung in Sprache, Kultur, Werteanschauung und Wertebewusstsein. Aber dieser Verfassungsstaat kann andererseits diese Voraussetzungen von Rechts wegen nicht gewährleisten und nicht durchsetzen. Hier ist unter anderem eine kluge, auf verfassungsstaatliche Pflege und Vorsorge ausgerichtete Asyl- und Migrationspolitik und -gesetzgebung gefordert. ///



### /// PROF. (EM.) DR. DRES. H. C. HANS-JÜRGEN PAPIER

ist ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts und entpflichteter Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

#### LESEN SIE HIERZU AUCH:



Aktuelle Analysen 66:  
Reinhard Meier-Walser  
„Die Diskussion um eine Leitkultur“

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Radbruch, Gustav: Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht, in: Süddeutsche Juristenzeitung 1/1946, S. 105-108.

<sup>2</sup> Schmidt-Aßmann, Eberhard: Der Rechtsstaat, in: Handbuch des Staatsrechts (HStR), hrsg. von Josef Isensee und Paul Kirchhof, Band II, § 26 Rn. 23, Heidelberg 2004.

<sup>3</sup> Papier, Hans-Jürgen: Asyl und Migration als Herausforderung für Staat und EU, in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 2016, S. 2391 ff.

<sup>4</sup> Vgl. BVerfGE 33, 125, 159; 47, 46, 82; 90, 286, 381 ff.

<sup>5</sup> Papier: Asyl und Migration als Herausforderung, S. 2391, 2395.

<sup>6</sup> Ebd., S. 2395.

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> BVerfG, NJW 2009, S. 908, 909.



... die Schlüssel für eine erfolgreiche Integration, auch in den Rechtsstaat.

Quelle: Tatjana Balzer / Fotolia.com

/// Wie hängt das zusammen?

## RECHTSSTAAT, WERTEGEMEINSAMKEIT UND ZUWANDERUNG

**FRIEDRICH HECKMANN** /// In einer pluralistischen und stark differenzierten Gesellschaft bedarf die Institution des Rechtsstaats der Anerkennung seiner Bürger. Wie hängen Wertegemeinsamkeit, Rechtsstaat und Zuwanderung hier zusammen? Dazu nachfolgend fünf Thesen.

### THESE 1:

Wertegemeinsamkeit in zentralen Fragen der gesellschaftlichen Ordnung ist die Grundlage der Legitimität von Institutionen und der Stabilität von Gesellschaften.

Gerade in einer pluralistischen und stark differenzierten Gesellschaft bedarf die Institution des Rechtsstaats der Anerkennung seiner Bürger. Das schließt die Zuwanderer ein, die ihren Lebensmittelpunkt im neuen Land gefunden haben und zu neuen Bürgern werden.

### THESE 2:

Die Herstellung und Entwicklung von Wertegemeinsamkeit mit den Zuwanderern ist gebunden an gelingende Integration. Gelingende Integration ist im Generationenverlauf ein Schritt zur neuen Nationsbildung.

Bedingungen für gelingende Integration sind:

- Offenheit und Förderung seitens der Mehrheitsgesellschaft
- Ethnische Selbstorganisation in ethnischen Kolonien oder Gemeinschaften funktionieren als Übergänge in die Integration; räumliche und sozial-kulturelle Segregation und Minderheitenpolitik werden vermieden. Minderheitenpolitik ist angemessen für historisch und rechtlich etablierte nationale Minderheiten, nicht für Einwanderer. Der

Respekt vor und die Anerkennung der kulturellen Herkunft der Einwanderer ist keine Minderheitenpolitik.

- Motive, Kompetenzen und Leistungen der Zuwanderer, die sie in die Lage versetzen, einen produktiven gesellschaftlichen Beitrag zu liefern.
- Kontrolle und Begrenzung der Zuwanderung, da deren Bewältigung im Integrationsprozess eine Frage begrenzter materieller und psychischer Ressourcen ist.

Gelingende Integration führt im Generationenverlauf weder zur „postmigrantischen“ noch zur „interkulturellen“ Gesellschaft, sondern zu Wertegemeinsamkeit und Einschluss der Zuwanderer in die Nation auf der Basis eines republikanischen Nationsbegriffs. Ein ethno-politischer Nationsbegriff steht neuer Nationsbildung im Wege.

**THESE 3:**

Integration und die Herstellung von Wertegemeinsamkeit können scheitern. Unterschichtung, Marginalität und reaktive Ethnisierung sind Formen des Scheiterns von Integration.

Unterschichtung heißt, dass soziale Aufstiegswege für Zuwanderer blockiert sind. Marginalität bedeutet, dass Menschen die Zugehörigkeit zu bisherigen Gruppen verloren, aber keine neuen Zugehörigkeiten und Mitgliedschaften gewonnen haben. In dieser Situation besteht häufig wegen fehlender Zugehörigkeitsgefühle und Identitätsunsicherheit eine erhöhte Rezeptionsbereitschaft für die Werbebotschaften und Mitgliedschaftsangebote radikaler Organisationen. Reaktive Ethnisierung steht für eine trotzige Reaktion des Selbstbewusstseins auf erfahrene Diskriminierung.

**THESE 4:**

Integration und neue Wertebildung brauchen Zeit.

Sie brauchen Zeit, da Integration eine zweite Sozialisation im Jugend- oder Erwachsenenalter ist. Sozialisation besteht dabei zum großen Teil aus nicht-intentionalen Prozessen. Sie verläuft nicht nach einem Trichtermodell, sondern nach einem in der Sozialisationsforschung so genannten Person-Umwelt-Interaktionsmodell, bei welchem Lernmechanismen wie Reflexion, Belohnung und Bestrafung, Lernen am Modell oder Imitation und eine aktive Rolle des Individuums Sozialisationsprozesse realisieren. Bei allen Menschen

ist Sozialisation also mehr als die einfache Hereinnahme, das Eintrichtern, die Verinnerlichung von Werten und anderen kulturellen Inhalten. Das Individuum reagiert auf Werteeinflüsse, verarbeitet, organisiert und verändert sie auch.

Wenn man in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten von Orientierungs- oder rechtskundlichen Kursen einschätzen will, lässt sich feststellen: Sie vermitteln Kenntnisse, die im Verlauf der Zeit auch Anstöße für Wertebildung sein können. Die Erwartung an solche Kurse hinsichtlich einer Wertebildung muss man jedoch niedrig hängen. Bei Flüchtlingen kommt als Bedingung für Wertebildung hinzu, dass Fragen der Existenzsicherung für sie vollkommen im Vordergrund stehen.

**THESE 5:**

Auch wenn Integration und Wertebildung Zeit brauchen, müssen sich Zuwanderer an die im Aufnahmeland gültigen Normen und Regeln halten. Sofern das Einhalten solcher Normen und Regeln nicht durch mitgebrachte Werte sichergestellt ist, muss regelkonformes Verhalten durch Beratung und Kenntnisvermittlung, durch Orientierung, verschiedene Formen sozialer und polizeilicher Kontrolle und durch das Strafrecht gesichert werden.

Was Flüchtlinge in diesem Zusammenhang angeht, wird die Bereitschaft zu regelkonformen Verhalten im Allgemeinen dadurch gestärkt, dass sie den Aufbau einer Existenz im neuen Land nicht gefährden wollen. Bis auf spezifische Deliktarten wie Ladendiebstähle sowie inter-personale und inter-ethnische Konflikte zwischen Flüchtlingen selbst in engen Unterbringungsverhält-

nissen sind die Raten kriminellen Verhaltens von Flüchtlingen unterdurchschnittlich. ///



**/// PROF. (EM.) DR. FRIEDRICH HECKMANN**

ist Co-Leiter des europäischen forums für migrationsstudien (efms), Universität Bamberg.

/// Neue Themen, neue Wege

## HOCHSCHULE FÜR POLITIK MÜNCHEN: POLITIK TRIFFT TECHNIK

**EUGÉNIA DA CONCEIÇÃO-HELDT** /// ist Spezialistin für europäische Integration, internationale Organisationen und Verhandlungen. Seit Juli 2016 leitet sie die Hochschule für Politik in München, die derzeit unter ihr eine grundlegend neue, weltweit einzigartige Ausrichtung auf das Verhältnis von Politik und Technik erfährt. Die Professorin meint, zukünftig braucht es technikaffine Politologen.

**Politische Studien:** Die Hochschule für Politik München (HfP) gibt es seit vielen Jahrzehnten. Sie, Frau Eugénia da Conceição-Heldt, haben die herausfordernde Aufgabe übernommen, die beschlossene Neuausrichtung Ihrer Hochschule, die nun an die Technische Universität München (TUM) angebunden ist, organisatorisch und vor al-

lem auch inhaltlich auf den Weg zu bringen. Wo stehen Sie bei dieser ambitionierten Aufbauarbeit?

**Eugénia da Conceição-Heldt:** Wir stehen mitten im Reformprozess. Die erfreuliche Entwicklung der HfP unter der Trägerschaft der Technischen Universität München schreitet nach dem Start des interdisziplinären Bachelorstudiengangs „Politikwissenschaft“ im Wintersemester 2016/17 voran. Im Wintersemester 2017/18 folgt mit dem Masterprogramm

“

Die HfP und die mit ihr verbundene Fakultät der TUM School of Governance **KONZENTRIEREN** sich nun in Forschung und Lehre auf die miteinander verzahnten Bereiche Politik und Technik.



„Politics meets Technology“: Der moderne neue Standort der HfP im Briener-Forum.

„Politics & Technology“ ein neuer Meilenstein in der interdisziplinären Ausbildung an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft, Technik und Gesellschaft. Diese beiden Studiengänge greifen die inhaltliche Neuausrichtung unserer Hochschule auf, nämlich die Verzahnung zwischen Politik-, Natur- und Ingenieurwissenschaften. Tiefgreifende politische, ökonomische und technologische Veränderungen lösen aktuell viele wichtige Herausforderungen für Regierungen weltweit aus. Einige dieser Veränderungen entstehen schrittweise, andere wiederum entwickeln eine eigene Dynamik und erfordern eine globale Antwort. Sowohl die HfP als auch die neue, eng mit ihr verbundene Fakultät TUM School of Governance konzentrieren sich in Forschung und Lehre auf die miteinander verzahnten Bereiche Politik und Technik, welche

ständigen Veränderungen ausgesetzt sind. Hierzu zählen beispielsweise die Themen Klimawandel, Energiewende, europäische und globale wirtschaftspolitische Steuerung, Digitalisierung und neue Informationssysteme, Cyber-Security, Infragestellung der liberalen Weltordnung und des europäischen Integrationsprozesses, Ethik und Gerechtigkeitsfragen in der globalen Finanzpolitik, defekte Demokratien, Rolle und Einflussmöglichkeiten aufstrebender Staaten wie China in der Handelspolitik oder der Internetregulierung.

Die Tradition der HfP als Begegnungsstätte von Politikwissenschaft, politischer Bildung und politischer Praxis haben wir durch unterschiedliche Vortragsreihen wie z. B. die „Munich Talks“, u. a. in Kooperation mit der Münchner Sicherheitskonferenz, fortge-



setzt und ausgebaut. 60 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge, die mit einer existenziellen Krise der EU einhergehen, ist die Vortragsreihe in diesem Jahr der EU gewidmet. Den Auftakt machte am 17. Februar ein Vortrag des renommierten Politikwissenschaftlers Andrew Moravcsik von der Princeton University. Der zweite Vortrag findet am 13. Juli 2017 mit dem ehemaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Durao Barroso, im Audimax der TUM statt. Für die „Munich Talks“ laden wir hochkarätige Politikwissenschaftler ein, die unsere Denkweise und Forschung geprägt haben. Darüber hinaus werden in dieser Vortragsreihe führende Politiker und Politikmacher als HfP-Gäste auftreten und die Politikwissenschaft damit für eine breitere Öffentlichkeit praktisch erlebbar machen. Andere Vortragsreihen sind u. a. mit der Akademie für Politische Bildung Tutzing geplant.

Zudem haben wir mit dem Beginn des Bachelor-Lehrbetriebs im Oktober 2016 die Vortragsreihe „Karrierewege“ gestartet. Diese Veranstaltung setzt sich zum Ziel, unseren Studierenden von Anfang an einen Überblick über ihre beruflichen Möglichkeiten zu geben. Die Liste der Berufsfelder für unsere Absolventen ist lang und reicht von Unterneh-

men, Verbänden, Stiftungen, Medien, Parlamenten bis hin zu Ministerien sowie europäischen und internationalen Organisationen. In dieser Veranstaltungsreihe laden wir regelmäßig Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Medien, Industrie und Nichtregierungsorganisationen ein. Dies erlaubt unseren Absolventen einen Einblick in die Möglichkeiten und Herausforderungen der damit verbundenen Berufe und sie können somit auch erste persönliche Kontakte knüpfen. Wenn es z. B. um eine Karriere im Auswärtigen Amt geht, stellt sich die Frage, welche Qualifikationen notwendig sind, um das sehr kompetitive Auswahlverfahren zu bestehen. Und wir vermitteln unseren Studierenden künftig Praktika bei renommierten und internationalen Kooperationspartnern.

**Politische Studien: Die technischen Entwicklungen scheinen unaufhaltsam. Künstliche Intelligenz und Industrie 4.0, um nur zwei Themen zu nennen, werden die gesamte Arbeitswelt grundlegend verändern. Dies wirft erhebliche Akzeptanzfragen auf. Welchen Beitrag kann speziell die HfP in diesem Zusammenhang leisten, wie können Politik und Bürger in diesen gravierenden Umwälzungsprozess mit eingebunden werden?**

**Eugénia da Conceição-Heldt:** In den 1990er-Jahren grassierte die Angst vor der Globalisierung. Momentan sind Robotisierung und Digitalisierung zwei der vielen neuen Phänomene, die die öf-



Die Vortragsreihe „Karrierewege“ setzt sich zum Ziel, unseren Studierenden von Anfang an einen **ÜBERBLICK** über ihre beruflichen Möglichkeiten zu geben.



Akzeptanzfragen von Zukunftstechnologien stellen einen **SCHWERPUNKT** unserer Forschung und Lehre dar.

fentliche Diskussion prägen. Künstliche Intelligenz und Industrie 4.0 stellen in der Tat neue Herausforderungen dar und bringen enorme Chancen für den gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Wandel. Durch Technologien werden neue Formen der Arbeitsteilung, Kommunikation und Wissensverbreitung ermöglicht. Die Politikwissenschaft, eingebettet in einem exzellenten interdisziplinären Umfeld, wie die TUM es bietet, kann gewinnbringend für alle Disziplinen sein und somit Antworten auf diese dringenden gesellschaftlichen, technischen und politischen Herausforderungen geben.

Die HfP in der Trägerschaft der TUM bildet Politikwissenschaftler aus, die einen fachlichen Bezug zu den Technikwissenschaften aufweisen. Besondere Bedeutung in der Ausbildung haben technologische Transformationen. Denn diese werfen eine Reihe von Fragen auf, die nur interdisziplinär an der Schnittstelle zwischen Politikwissenschaft, Informatik, Wirtschaft, Soziologie, Kommunikations- und Ingenieurwissenschaften beantwortet werden können. Die HfP und die neu eingerichtete TUM School of Governance befassen sich thematisch mit folgenden Schwerpunkten: Innovations- und Transformationsprozesse in der nationalen, europäischen und globalen Dimension, Interdependenzen von technischem Fortschritt und politischen Prozessen, politische Steuerungs- und Bewertungssysteme von Technologien und

deren Kommunikation. Insofern stellen Akzeptanzfragen von Zukunftstechnologien einen Schwerpunkt unserer Forschung und Lehre dar. Es geht zum Beispiel um die Fragen wie Akzeptanz für neue Technologien erhöht und Skepsis gegenüber neuen technologischen Entwicklungen abgebaut werden können, damit Innovation und Transformationsprozesse gelingen können.

**Politische Studien: Die Rückkehr des Nationalismus, autokratische Regime, der Vormarsch der Populisten und die EU in einer tiefen Krise – politische Bildung, wie sie auch Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung ist, ist vor diesem Hintergrund nötiger denn je. Wo bleibt aber die Stimme der Wissenschaft, in einer Zeit, in der Experten immer weniger gehört und „postfaktische“ Argumente zunehmend zum Politikstil werden?**

**Eugénia da Conceição-Heldt:** Die Stimme der Wissenschaft muss erst durch Forschung und Ergebnisse geschärft werden, und dann können und müssen wir uns durch schnelle Reaktionen, Richtigstellung und Entkräften von Vorwürfen Gehör verschaffen. Natürlich gehören auch die klassischen Instrumente wie nationale und internationale Konferenzen in Form von Vorträgen und Präsentation neuer Forschungsergebnisse zu diesen Thematiken, aber auch die



Regieren jenseits der Nationalstaaten bleibt eine der **WICHTIGSTEN** Säulen der gegenwärtigen Weltordnung.

Präsenz in den Medien. Internationale Sichtbarkeit kann man in der Wissenschaft durch Zeitschriftenartikel mit „peer review“, Beiträge zu internationalen Fachtagungen und die Einwerbung von Drittmitteln für Forschungsprojekte erreichen, sei es bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder beim Europäischen Forschungsrat. Dies sind die Währungen einer exzellenten Forschung. Wenn es dann um die Präsentation der Forschungsergebnisse geht, spielt die mediale Berichterstattung durch Printmedien, TV-Auftritte, Radio oder Podcasts neben den wissenschaftlichen Kanälen auch eine wichtige Rolle.

**Politische Studien: Viele der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen wie Klimawandel, internationaler Terrorismus, Vertreibung, Flucht, Migration, Pandemien, Cyber Risiken etc. sind global. Welche politikwissenschaftlichen Konsequenzen haben diese Veränderungen für die nationalstaatliche Ordnung und das Souveränitätsprinzip?**

**Eugénia da Conceição-Heldt:** Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Stephen Krasner unterscheidet zwischen vier Bedeutungen von Souveränität: Internationale Souveränität, womit die völkerrechtliche Anerkennung durch die Staatengemeinschaft gemeint ist; innere Souveränität, die sich auf die effektive

staatliche Kontrolle über Territorium und Bevölkerung bezieht; westfälische Souveränität, welche die Freiheit von Einmischung externer Akteure in innere Angelegenheiten meint, und die sog. Interdependenz-Souveränität, definiert als die Fähigkeit des Staates, die eigenen Grenzen zu kontrollieren. Diese vierte Bedeutung von Souveränität verdeutlicht am besten, dass wir in einer interdependenten Welt mit einer engen Verflechtung zwischen den Akteuren auf Mehrebenen leben. Dies wurde schon Ende der 1970er-Jahre von Robert Keohane und Joseph Nye in ihrem Buch über „Power and Interdependence“ (1979; 2007) aber auch mit Fritz Scharpfs These der Politikverflechtung festgestellt. Im Kern ist internationale Interdependenz dadurch gekennzeichnet, dass ein Staat bei der Verwirklichung seiner Ziele auf andere Staaten angewiesen ist.

Um ein aktuelles Beispiel zu nehmen: Wenn ein wichtiger Verhandlungspartner ein Handelsabkommen kündigt oder Verhandlungen nicht fortführt, stellt sich die Frage, über welche Alternativen der Partner verfügt. Die Kosten von unilateralen Aktionen sind in der heutigen eng verflochtenen Welt enorm. Um sicherzugehen, dass Staaten oder neu gewählte Regierungschefs sich an internationale Vereinbarungen, Verträge, Regeln und Normen halten, benötigen wir globale Institutionen, die u. a. eine Überwachungsfunktion einnehmen. Mit anderen Worten: Regieren jenseits der Nationalstaaten bleibt eine der wichtigsten

Säulen der gegenwärtigen Weltordnung, die auch zum Weltfrieden im Kantischen Sinne beiträgt. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges finden Herrschaft und Autorität im Kontext von Global Governance statt, d. h. in Form von internationalen Institutionen. Damit ist eine neue Ebene entstanden, die außerhalb der Kontrolle einzelner Staaten und ihrer Gesellschaften liegt und die klassische nationalstaatliche Ordnung und das Souveränitätsprinzip unterläuft.

Dagegen geht unilaterales Handeln von Staaten mit enormen Kosten für den Wohlstand der eigenen Bevölkerung einher, so dass Staaten ihre Interessen am besten bewahren, wenn sie multilateral agieren und in internationalen Organisationen eingebettet sind. Global Governance findet in einem komplexen Gebilde mit einer Vielzahl von Akteuren statt. Aufstrebende Weltmächte wie China stellen die liberale Weltordnung in Frage, indem sie konkurrierende regionale und globale Institutionen einrichten wie z. B. die Asian Infrastructure Investment Bank, die neue Entwicklungsbank oder die Shanghai Cooperation Organisation, eine regionale Sicherheitsorganisation. Diese Komplexität und Diversifizierung geht einher mit der Flexibilisierung und Zunahme von Informalität in Global Governance, was man z. B. an den G7/G8 und G-20 Gipfeln, aber auch am World Policy Forum sehen kann.

Dies sind nur einige der Bereiche, zu denen wir an der HfP und der TUM

School of Governance in enger Kooperation mit den anderen TUM-Fakultäten forschen und lehren. Es sind spannende Fragen, die unsere Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten beschäftigen werden.

**Politische Studien: Die digitale Revolution ermöglicht die Verarbeitung und Auswertung großer und komplexer Datenmengen, Big Data genannt. Diese Entwicklung ist für unsere Wirtschaft, aber auch für die wissenschaftliche Forschung mittlerweile von großer Bedeutung, hat aber auch Social Media im heutigen Umfang erst ermöglicht. Wie kann man die Gesellschaft noch besser auf derartige Entwicklungen vorbereiten, was sollte Ihrer Meinung nach bereits an den Schulen dazu vermittelt werden?**

**Eugénia da Conceição-Heldt:** Die digitale Revolution verändert die Wahrnehmung der Realität und von Informationen, da sich viele Bürger inzwischen fast ausschließlich über soziale Medien informieren. In den Schulen wird es vor allem wichtig sein, dass auf einen bewussten und kritischen Umgang mit Facebook oder Twitter aufmerksam gemacht wird. Die Kommunikationswissenschaft und die Didaktik der politischen Bildung können hier Antworten zum Umgang mit Social Media geben. Wie früher der Fernseher oder der Computer sind diese Medien heute ein zentraler Bestandteil unserer Gesell-



Staaten sind bei ihren **ZIELEN** häufig auf andere Staaten angewiesen.



Wenn Tatsachen geleugnet oder relativiert werden und alternative Fakten als Realität dargestellt werden, müssen wir dem **ENTGEGENTRETEN**.

schaft mit allen Chancen und Risiken, denn neue Technologien verändern die Art und Weise wie wir leben. Es gibt keine Grenze mehr zwischen Arbeit und Freizeit, da wir durch das Smartphone ständig online sind. Der Zugang zu Informationen ist einfacher und schneller geworden. Eltern, Lehrer und Universitätsdozenten können und sollten mit ihren Kindern, Schülern und Studierenden den kritischen Umgang mit den neuen digitalen Medien einüben. Die Aufgabe von Wissenschaft ist ja nicht nur die Erforschung unserer Welt und die Beschäftigung mit den Forschungsproblemen, sondern auch die anschließende Einordnung und Analyse von Fakten. Wenn Tatsachen geleugnet oder relativiert werden und alternative Fakten als die Realität dargestellt werden, dann müssen wir dem entgegentreten.

**Politische Studien: Im amerikanischen Wahlkampf haben Social Media wie Twitter, Facebook, Social Bots etc. eine besondere Rolle gespielt. Der technische Fortschritt eröffnet neue und vielfältige Formen der politischen Kommunikation, aber auch der Meinungsmanipulation. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung? Was bedeutet dies beispielsweise für den anstehenden Bundestagswahlkampf?**

**Eugénia da Conceição-Heldt:** Wir erleben eine Transformation in der Form der Kommunikation. Neue Technologien verändern die Interaktion zwischen den Bürgern und Politikern in einem rasanten Tempo. Auch wenn im amerikanischen Wahlkampf Social Media eine besondere Rolle gespielt hat – Meinungsmanipulation hat es schon immer gegeben. Der Widerspruch heute besteht darin, dass trotz oder gerade wegen einer Vielzahl an unterschiedlichen Informationsquellen Teile der Bevölkerung ihre Informationen aus einem sehr beschränkten und einseitigen Spektrum an Quellen speisen.

**Politische Studien: Fake News und die hartnäckige Leugnung von Fakten sind seit jeher historisch belegt. Neu sind allerdings Verbreitungsgrad und Verbreitungsgeschwindigkeit derartiger Falschmeldungen. Wie kann sich Ihre Institution bei dieser Thematik einbringen? Ist nicht irgendwann auch der Gesetzgeber gefragt?**

**Eugénia da Conceição-Heldt:** Die Schaffung von alternativen Fakten oder die Streuung von Gerüchten war schon immer ein Bestandteil von Politik. „Fake news“ hat es schon immer gegeben. Im Moment benutzen alle einfach den neuen Begriff, weil es auf Englisch viel besser klingt, als wenn einfach von „Leugnung von Fakten“, „Lügen“ oder „alternativen Fakten“ die Rede wäre. Es gibt bei uns an der HfP Kollegen, die sich mit dieser Thematik aus der Perspektive

der Politikwissenschaft und der Informatik eingehend befassen. Aber wie Sie richtig hervorheben, benötigen wir auch Steuerungsmechanismen und eine Gesetzgebung in diesem Bereich. Und an dieser Stelle sind dann auch die vergleichende Analyse politischer Systeme, die ethnischen Aspekte von Zukunftstechnologien, die Forschung zur globalen Kooperation und Regulierung von zentraler Bedeutung. Aufgabe der HfP muss es sein, Studierende so auszubilden, dass sie unterschiedliche Informationsquellen heranziehen und deren Qualität kritisch aus einer vergleichenden Perspektive prüfen können. Um die Bildung von „Informations-Filterblasen“ abzuschwächen, wäre z. B. zu überlegen, ob soziale Netzwerke nicht dazu verpflichtet werden könnten, falsche Tatsachenbehauptungen als solche zu kennzeichnen und alternative Informationsquellen zumindest anzuzeigen.

**Politische Studien: Nochmals zurück zu meiner Ausgangsfrage, wo sehen Sie die Hochschule für Politik in fünf Jahren, nach Abschluss der Aufbauarbeiten? Wo liegt für Sie das langfristige Ziel der HfP sowohl inhaltlich als auch bei der Anzahl der Studierenden?**

**Eugénia da Conceição-Heldt:** Das Ziel ist es, die Hochschule für Politik München unter der Trägerschaft der TUM in enger Verbindung mit der School of Governance TUM in eine erfolgreiche Zukunft als exzellente, national und international anerkannte Hochschule zu führen. Inhaltlich stehen wir für die Verzahnung zwischen Politik und Technik, womit wir ein Alleinstellungsmerkmal in Deutschland und weltweit haben. Es gilt nun, diese neue Marke zu etablieren und zu festigen. Wir wollen erfolgreich sein und Studierende interdisziplinär und trans-

disziplinär ausbilden, die einen fachlichen Bezug zu den Technikwissenschaften haben. Bei uns stehen die exzellente Ausbildung und die enge Betreuung der Studierenden im Mittelpunkt.

**Die Fragen stellte Paula Bodensteiner, Referentin für Bildung, Hochschulen und Kultur, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///**



**/// PROF. DR. EUGÉNIA DA CONCEIÇÃO-HELDT**

**ist Rektorin der Hochschule für Politik der TU München, Gründungsdekanin der TUM School of Governance und Inhaberin des dortigen Lehrstuhls für European and Global Governance.**

/// Zwischen Hautevolee und Menschen

## WIE GEHT RECHTSPOPULISMUS?

**THOMAS MICHAEL KLOTZ** /// Die Rechtspopulisten beherrschen die Medien – im doppelten Wortsinne. Immer wieder verschaffen skandalöse Auftritte und Aussagen „an der Grenze des Sagbaren“ Wählerstimmen für Norbert Hofer, Marine Le Pen, Geert Wilders und Co. Wenn man jedoch versteht, wie sie agieren, sind sie schnell zu entlarven. Das kann auch den deutschen Wählern beim Umgang mit der „Alternative für Deutschland“ helfen.

Norbert Hofer, Marine Le Pen, Geert Wilders – diese Rechtspopulisten finden sich nahezu täglich in den Medien, zumeist aufgrund von mehr oder minder überraschenden und angriffslustigen Äußerungen. Mal geht es gegen die Zuwanderung, mal gegen den Islam, mal gegen die Europäische Union, mal gegen den Welthandel. Die Medien brauchen die Rechtspopulisten wegen der hohen Skandalrate und springen deswegen gerne über jedes Stöckchen, das ihnen die Rechtspopulisten hinhalten. Die wiederum brauchen die Medi-

en, um auf sich aufmerksam zu machen – frei nach dem Motto: Bad publicity is better than no publicity.

Rechtspopulisten haben ein Gespür für die Gefühle der Menschen. Sie wissen, welche Themen die Menschen bewegen und welche sie nerven. Ein Beispiel: Ist die Europäische Union angreifbar? Absolut! Ist man anti-europäisch, weil man eine Entscheidung der Kommission für falsch hält? Keineswegs! Allerdings wird man gerne so dargestellt, nicht zuletzt von den Europäischen Institutionen selbst, wie Franz Heschl bei seinen Untersuchungen der Rhetorik der Europäischen Kommission feststellte: „Die auf den europäischen Integrationsprozess bezogene Rhetorik der Europäischen Kommission ist eine Rhetorik der Entpolitisierung ‚par excellence‘. ‚Politik‘ wird darin zur sachlich richtigen Vorgangsweise. Es existiert jeweils nur eine richtige, sachlich gerechtfertigte, effiziente und nachhaltige Lösung.

**Rechtspopulisten BESETZEN die aktuellen, volksnahen Themen und die Medien.**



Norbert Hofer bei einem Wahlkampfauftritt im September 2016 am Wiener Prater

Menschen mit Interessen, Werten und Machtressourcen können an diese eine richtige Vorgangsweise nur mehr sehr schwer anknüpfen: Die Vorstellung von der Gestaltbarkeit der Gesellschaft (und der Union) entlang von Ideen, Interessen, Werten und Machtpotenzialen geht dabei weitgehend verloren.<sup>41</sup>

Die europäischen Parteien vermochten es bislang nicht, das Tabu, die EU zu kritisieren, zu durchbrechen. Schließlich begründen vor allem auch die großen Parteifamilien (Sozialisten und Konservative) selbst ihre Entscheidungen oftmals mit einer „Alternativlosigkeit“. Und genau dies verschafft den Rechtspopulisten großen Zulauf. Mit ihren Anti-EU-Kampagnen punkten die Rechtspopulisten bei den Wählern. Denn nach wie vor ist die EU verschrien als „Elitenprojekt“, das die Bürger nicht mitnimmt. Und Eliten, das „Establish-

ment“, sind nicht nur den Rechtspopulisten verhasst.

### Österreich – die Heimat der Rechtspopulisten

Norbert Hofer, Kandidat der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), hatte bei der Stichwahl um das Amt des Bundespräsidenten nur rund 350.000 Stimmen (7,6 %) weniger als sein Gegenkandidat, der ehemalige Grünen-Chef Alexander Van der Bellen, der als „Unabhängiger“ antrat. Am Beispiel der FPÖ konnte man die Agitation von rechtspopulistischen Parteien gut beobachten.

Van der Bellen wurde von Hofer stets als Mann des Establishments deklariert. In Hofers Duktus: „Sie [Herr Van der Bellen, der Verfasser] haben die Hautevolee, ich habe die Menschen!“<sup>42</sup> Die FPÖ sieht sich als letzter wahrer Vertreter des

Volkswillens – und konstruiert deswegen auch einen solchen Gemeinwillen des gesamten Volkes. Aber eben dieser werde nicht von den „etablierten“ Parteien und Politikern vertreten. Pluralismus ist den Rechtspopulisten fremd. Im Wahlkampf witterte Hofer, der selbst seit zehn Jahren ein Nationalratsmandat inne hat, gar eine Verschwörung des Polit-Establishments. Als die Wahl zum Bundespräsidenten auf den 4.12.2016 verschoben werden musste, weil die Klebestreifen der Briefwahlunterlagen nicht kleben wollten (Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP): „Das ist technisch ein hochkomplexes Kuvert!“<sup>3</sup>), fragte Hofer: „Warum hat man Interesse an einem späteren Wahltermin?“<sup>4</sup> Damit unterstellte er eine Absicht. Seiner Ansicht nach gereichte ihm die Verschiebung zum Nachteil. Eine Begründung dafür äußerte er nicht.

#### In-Group versus Out-Groups

Hofer verstand es, eine In-Group und mehrere Out-Groups zu konstruieren. Auf einem Wahlkampfflyer hieß es: „Wir Österreicher vertrauen Norbert Hofer, weil nur er uns Österreicher gegen die Gefahren einer falschen Zuwanderungspolitik verteidigt. Wir Österreicher haben ein Recht auf unsere Heimat und auf Schutz vor Islamismus und Gewalt.“<sup>5</sup> Hofers klares Angriffsziel waren Migranten, in welcher Form auch immer. Dabei wurde zum einen unterstellt,

mehr Zuwanderung bringe automatisch „Islamismus und Gewalt“ mit sich, zum anderen suggerierte die Aussage, Einwanderer würden den Österreichern die Heimat wegnehmen. Damit einher geht eine weitere Unterstellung auf dem Flyer: Einwanderer würden ausschließlich das Sozialsystem missbrauchen und dadurch zerstören. Die FPÖ hat seit Jahren ein Händchen, solcherlei Aussagen in Schüttelreime unterzubringen. So plakatierten sie bereits „Daham statt Islam“, „Heimatliebe statt Marokkaner-Diebe“ und „Pummerin [Kirchenglocke im Wiener Stephansdom, der Verfasser] statt Muezzin“.

#### Politisches Framing als Grundkonzept

Hier bedient sich die FPÖ des politischen Framings. Frames sind jene Deutungsmuster, in denen wir denken. Dabei wird zwischen zwei Arten unterschieden: die Surface Frames auf der sprachlichen Ebene und die Deep Seated Frames, die unser Weltbild aufgrund unserer Moral und politischen Überzeugung strukturieren und unseren eigenen Common Sense bilden. Durch die gezielte Verwendung von Surface Frames werden die Deep Seated Frames aktiviert. Betrachtet man die rechtspopulistische Rhetorik, so könnten als (negative) Frames „Islam“, „Marokkaner-Diebe“ und „Muezzin“ gelten. Allein diese Begriffe lösen in der Anhängerschaft reflexartig ein negatives Gefühl aus. Positive Frames hingegen wären beispielsweise „Heimat“ und „Freiheit“ (was sich auch in vielen Namensgebungen rechtspopulistischer Parteien widerspiegelt: Freiheitliche Partei Österreich, Partij voor de Vrijheid etc.).

Um den Gegenkandidaten Van der Bellen anzugreifen, wurde auf dem

Wahlkampfflyer zudem unterstellt, die Grünen wollten „noch mehr Menschen aus dem Ausland nach Österreich holen“<sup>6</sup>. Damit soll der In-Group, den „echten“ Österreichern, Angst vor der Out-Group gemacht werden, vor allen Dingen in Sachen sozialer Absicherung und Sicherheit.

#### Bundeskanzler „HC“?

Nun hat es für Hofer nicht für das Bundespräsidentenamt gereicht. Sein Parteifreund Heinz-Christian („HC“) Strache schielt derweil aber schon auf das Amt des Bundeskanzlers. In Strache gipfelt

Heinz-Christian Strache **VERKÖR-  
PERT die mediale Personalisierung  
rechtspopulistischer Politik.**

die mediale Personalisierung der rechtspopulistischen Politik in Österreich – in den klassischen Medien wie auf sozialen Netzwerken. Zu Beginn seiner politischen Karriere hatte „HC“ mit seiner stramm rechten Vergangenheit zu kämpfen.<sup>7</sup> Derzeit orientiert er sich aber eher an Marine Le Pens „brav“ gewordenem Front National.

#### Frankreich: Zurück in die unabhängige Republik?

Marine Le Pen ist das freundliche Gesicht der rechtspopulistischen Partei Front National (FN), die bis vor kurzem noch dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet wurde. Allerdings hat sich ein Wandel vollzogen, wodurch diese Ein-

ordnung nicht mehr zutrifft. Denn: „Parteien, Ideologien, Menschen [...] mit dem Begriff ‚rechtsextrem‘ zu belegen, setzt [...] voraus, bei ihnen ‚Bestrebungen zur Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung‘ nachgewiesen zu haben.“<sup>8</sup> Unter Marine Le Pen sieht es danach nicht mehr aus. Um an die Macht zu gelangen, hat sie die Partei umgebaut und alte, rechtsextreme FN-Kader ausgeschlossen, inklusive ihrem Vater, Jean-Marie Le Pen. Sie modernisiert die Partei, rückt sie stärker in Richtung „Mitte“ – auch wenn heutzutage die Einteilung des Parteienspektrums in rechts und links, vor allem auch im Bezug auf populistische Parteien, überholt scheint.

#### Ziel sind die gemäßigteren Wähler

Marine Le Pen gestaltet ihr Wahlprogramm so, dass auch gemäßigtere Wähler für den FN votieren können. Dabei positioniert sie sich wie schon ihr Vater klar gegen die Europäische Union und die NATO. Marine Le Pen versteht es zudem, die Anti-Establishment-Rhetorik treffend zu positionieren, weil Sozialisten und Republikaner oftmals zusammenarbeiten oder gegenseitige Wahlempfehlungen abgeben müssen, um einen FN-Kandidaten zu verhindern (wie es auch in Österreich der Fall war).

Die Anti-Establishment-Haltung des FN beginnt allerdings zu bröckeln. Nicht nur, dass sie – ebenso wie die FPÖ – seit Jahrzehnten in die Parteienlandschaft gehört, sie besteht auch zum Teil aus Personen des Establishments, der Hautevolee. So setzte Marine Le Pen auf Absolventen von Eliteschulen für die Führungsgremien ihrer Partei. Ein Paradebeispiel dafür ist ihr Spindoctor Florian Philippot. Der Europaabgeordnete

Populisten arbeiten mit **WIR-GEFÜHL**  
und politischem Framing.

ist Absolvent der hochangesehenen Wirtschaftshochschule École des hautes études commerciales Paris und damit ebenso Alumnus wie der französische Präsident François Hollande und der ehemalige IWF-Generalsekretär Dominique Strauss-Kahn.

Anders als ihr Vater, der stets das Hardliner-Image pflegte, gibt sich Marine Le Pen mehr als die fürsorgliche Landesmutter. Inzwischen distanziert sie sich sogar von islamkritischen Äußerungen und gibt die Versöhnerin. Hatte sie 2010 den Islam noch mit der Besatzung der Nationalsozialisten verglichen, sagte sie unlängst in einem Fernsehinterview, diese Religion sei mit der Republik vereinbar.<sup>9</sup>

**Marine Le Pen zielt mit einer GEMÄSSIGTEREN Partei auf neue Wähler ab.**

Resoluter tritt Le Pens Nichte, Marion Maréchal-Le Pen, auf. Mit gerade einmal 22 Jahren wurde sie in die Nationalversammlung gewählt. Sie gilt als strikte Islamgegnerin und benutzte 2015 sogar die islamistischen Anschläge in Paris, bei denen mehrere Dutzend Menschen ums Leben kamen, für ihren Wahlkampf. Während ihr Plakat „Nein zur Islamisierung!“ 2010 ein Skandal gewesen sei, sei es 2015 die Wahrheit, behauptete sie bei einem Wahlkampfauftritt in Toulon Anfang Dezember 2015. „Es brauchte 130 Tote, damit unsere Stimme endlich gehört wird.“<sup>10</sup>

### Das „Konzept der Stärke“

Nicht zuletzt aus dieser Argumentationsstruktur heraus verfolgt der FN das „Konzept der Stärke“, also einer starken militärischen Ausstattung des Landes. Die französische Armee, die Forces armées françaises, soll in der Lage sein, das französische Hoheitsgebiet ohne Beistand von Bündnispartnern verteidigen zu können.

Der Front National will damit auch erreichen, dass Frankreich zukünftig keinerlei Verpflichtungen mehr gegenüber Alliierten hat und nur noch im Falle des eigenen Interesses interveniert.<sup>11</sup> Man fühlt sich ein wenig an das „America first!“ des US-Präsidenten Donald Trump erinnert. Beim Front National heißt dies „préférence nationale“.<sup>12</sup>

### Raus aus dem „wilden Wettbewerb“

Das gilt auch für das wirtschaftliche Wahlprogramm. Während bis in die 1990er-Jahre ein wirtschaftsliberaler Kurs verfolgt wurde, schlugen sich die französischen Rechtspopulisten – damals noch Rechtsextremisten – zunehmend auf die Seite der Arbeiter und treten seither für einen Rückzug aus dem weltweiten „wilden Wettbewerb“ („concurrence sauvage“) ein. Dies passt auch besser in das Bild der propagierten „préférence nationale“ als ein sonst auf die Nation ausgerichteter, aber in Wirtschaftsfragen liberaler Kurs.

Dass das Wirtschaftsprogramm eher sozialistisch ist, sieht man daran, dass Wirtschaftsvertreter nach dem erfolgreichen Abschneiden des FN bei den Regionalwahlen 2015 Preiskontrollen, höhere Steuern für Reiche und Großunternehmen, Teilverstaatlichungen von Banken und einen höheren Mindestlohn befürchteten. Allerdings zeigten sich die Rechtspopulisten auch bereit,

Zugeständnisse wie eine Aufhebung der 35-Stunden-Woche und eine Rückkehr zum Renteneintrittsalter von 62 Jahren zu machen.<sup>13</sup>

Marine Le Pen hat es bei der Stichwahl zur Präsidentschaftswahl am 7. Mai 2017 nicht geschafft, mehr als ein Drittel der Franzosen für sich zu gewinnen. Dass sie aber in die Stichwahl überhaupt kam, überraschte indes nicht. Sämtliche Prognosen sagten dies voraus. Wiederum gaben die „etablierten Parteien“ Wahlempfehlungen für den unabhängigen Kandidaten Emmanuel Macron ab, um eine Front National-Präsidentin zu verhindern. Und wieder bot sich dadurch für die Rechtspopulisten die Chance, das „Establishment“ anzuprangern.

### Niederlande: Geert Wilders und seine Partei

Rechtspopulistische Parteien sehen sich in der Regel mehr als Bewegung denn als Partei. Und dennoch erfüllen sie Parteifunktionen wie Personalrekrutierung und Policy-Input. Sie sind meist nach den gängigen Prinzipien organisiert. Nicht so die Partij voor de Vrijheid (PVV). Sie ist ein Beispiel für parteigewordenen Personalismus. Die PVV wurde nämlich von nur zwei Gründungsmitgliedern erschaffen: Geert Wilders als natürlicher Person und Geert Wilders als Vorsitzender, Gründer und einziger Vertreter der Stiftung Stichting Groep Wil-

**Die PVV ist parteigewordener PERSONALISMUS.**

ders. Als Vorsitzender verhängte Wilders nach der Parteigründung einen Aufnahmestopp. Somit ist einziges aktives Mitglied der PVV Geert Wilders.<sup>14</sup> Diese Konstruktion wäre in vielen europäischen Ländern aufgrund der geltenden Parteiengesetze nicht möglich.

Was Wilders will, ist somit Parteiprogramm. Dadurch gibt es einerseits keine Probleme, was die Programmfindung anbelangt. Andererseits gestaltet sich die Suche nach möglichen Parteivertretern in den Parlamenten oftmals schwierig.

### Am Anfang stand der Liberale Wilders

Dabei hatte Wilders politische Karriere recht gewöhnlich begonnen. Bei der Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD), einer rechtsliberalen Partei, wurde er nach wenigen Jahren Mitgliedschaft 1990 Fraktionsmitarbeiter und schließlich Abgeordneter in der Zweiten Kammer, dem niederländischen Parlament. Er galt als liberal-konservativ und beschäftigte sich vor allem mit Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. In der niederländischen Zeitung „de Volkskrant“ gab Wilders 2001 unter der Überschrift „Stoppt die Macht der Gewerkschaften“ ganz den Liberalen: „Das übertriebene Streben nach gesellschaftlichem Konsens nimmt den sozioökonomischen Aktivitäten die Dynamik, und das können sich die Niederlande nicht mehr erlauben.“<sup>15</sup>

2006 gründete er schließlich seine eigene Partei, die Partij voor de Vrijheid. Als Rechtspopulist beschwört er hier die Tradition des holländischen Volkes (und den EU-Austritt), seine Anti-Establishment-Haltung (zu dem er eigentlich schon lange gehört) und vor allem seine Anti-Islam-Haltung. Doch Wil-

## **WILDERS hat sich vom Liberalen zum Rechtspopulisten gewandelt.**

ders hat seine liberalen Wurzeln nicht ganz vergessen. Er setzt sich beispielsweise für die Ehe von Homosexuellen ein. Geert Wilders, der seit 1992 mit der ungarischen Diplomatin Krisztina Marfai verheiratet ist, zeigt sich selbst immer wieder fremdenfeindlich und fordert den sofortigen Stopp von Zuwanderung, vor allem aus muslimischen Ländern, aber auch aus der EU. Dabei war ein Teil seiner Vorfahren selbst Einwanderer aus Indonesien. Um seine Herkunft zu verbergen, schreibt Jan Erk, färbt Wilders seine Haare blond.<sup>16</sup>

### **Der Islam als Lieblingsfeind**

Wilders erklärter Lieblingsgegner ist – neben den Einwanderern – der Islam. Für ihn ist diese Religion „womöglich noch gefährlicher als der Nationalsozialismus“<sup>17</sup>. Für Aufsehen sorgte Wilders vor einigen Jahren mit seinem Anti-Islam-Film „Fitna“ (Zwietracht). Darin wird der Islam mit dem Islamismus gleichgesetzt. Menschen werden getötet. Islamitisch indoktrinierte Kinder bezeichnen Juden als „Affens Schweine“. Kurzum: Es geht darum, den Menschen Angst vor dem Islam zu machen.

Seit der Veröffentlichung des Filmes steht Wilders ständig unter Personenschutz. Sein Büro ist mit einer Panzertür gesichert. Sein Name tauchte auf Tötungslisten von Islamisten auf. Aufgrund von Aussagen wie „[E]s gibt viel marokkanischen Abschaum in Hol-

land“<sup>18</sup>, schlossen andere Parteien schon vor der jüngsten Parlamentswahl eine Zusammenarbeit aus. In den liberalen Niederlanden, die vor allem durch ihre Kolonialgeschichte als Einwanderungsland gelten, schrecken solche Aussagen viele Wähler und Politiker ab. Der Premierminister Mark Rutte möchte die negativen Erfahrungen aus der Minderheitsregierung 2010 bis 2012, die von Wilders PVV toleriert wurde, wohl nicht noch einmal erleben. Nicht zuletzt deswegen und wegen des zersplitterten Parteiensystems gestaltet sich die aktuelle Koalitionsfindung und Kabinettsbildung schwierig und langwierig.

### **Überall Populisten – und jetzt?**

Die rechtspopulistischen Parteien bilden einen Kanal, auf dem die verschiedenen Schiffe der Unzufriedenheit schwimmen. Die einen sind gegen eine offene Flüchtlingspolitik, die anderen fühlen sich vom Wirtschaftssystem abgehängt und fordern ein Ende des Liberalismus. Die einen kritisieren die Europäische Union, die anderen wollen keine Muslime im Land haben. All diese Wünsche, Bedürfnisse, Forderungen werden bislang von den „etablierten“ Parteien offensichtlich nicht zufriedenstellend aufgegriffen. Dass sich viele der rechtspopulistischen Forderungen selbst widersprechen, scheint Hofer, Le Pen und Wilders nicht zu kümmern. Ein Beispiel: Die heimische Wirtschaft soll gestärkt, Produkte kaum mehr importiert werden. Doch wie sollen die eigenen Unternehmen, die auf (europäischen) Außenhandel angewiesen sind, in einer protektionistischen Marktwirtschaft überleben?

### **Strategien gegen „Neue Rechte“**

Die politische Konkurrenz ist derzeit eher ratlos, wie sie mit dem Aufschwung

der „Neuen Rechten“ umgehen soll und versucht verschiedene Strategien. Die Österreichische Volkspartei, die sich seit jeher gerne in „Große Koalitionen“ begeben hat, versucht derzeit mühevoll, sich inhaltlich von den Sozialdemokraten zu distanzieren. Nach Jahrzehnten der Zusammenarbeit mit der SPÖ ein schwieriges Unterfangen.

Der Shooting-Star der Konservativen, Außenminister Sebastian Kurz, sagte kürzlich in einem Interview: „Ich habe kein Verständnis dafür, dass wir Hunderte Millionen Euro an Familienbeihilfe in europäische Staaten überweisen für ausländische Kinder, die nicht einmal in Österreich leben. In einer Zeit, wo wir ohnehin schon zu viel Migration haben, glaube ich, ist das nicht eine besonders sinnvolle Maßnahme.“<sup>19</sup> Dabei war die ÖVP seit 1945 nur in gut 16 Jahren nicht an einer Regierung beteiligt, hätte also genügend Zeit und Einfluss gehabt, dieser Entwicklung schon lange entgegenzuwirken.

## **Die ETABLIERTEN Parteien stehen den „Neuen Rechten“ und ihrem derzeitigen Erfolg rat- und planlos gegenüber.**

Der österreichische Chefdiplomat versuchte damit, auf den rhetorischen Karren der Rechtspopulisten – zumindest ein wenig – aufzuspringen. Vor allem der Nachsatz über „ohnehin schon zu viel Migration“ hätte genauso gut von ausländerfeindlichen bis -feindlichen

FPÖ-Politikern kommen können. Derzeit scheint die Strategie für Kurz jedoch aufzugehen. In Umfragen kursiert er vor „HC“ Strache und Bundeskanzler Christian Kern. Und das, obwohl sich die Konservativen viele Themenfelder haben wegnehmen lassen. Das Thema Sicherheit wird von der FPÖ ebenso präsenter vertreten wie das Beibehalten von Kreuzfixen in den Klassenzimmern. Doch auch die SPÖ musste Themen „abgeben“. Arbeiterinteressen sind ein großer Teil des FPÖ-Programms.

Ähnlich sieht es in Frankreich aus. Hier hat sich der Front National zur Partei des „kleinen Mannes“ gemausert. In den vorletzten Wahlen waren geringverdienende Arbeiter und Arbeitslose in der Wählerschaft stets überrepräsentiert. Bei den Präsidentschaftswahlen 2012 erreichte der Front National 18 % der Wählerstimmen. Dabei wählten 33 % der Arbeiter die Rechtspopulisten.

Seither versuchte der glücklose Sozialist François Hollande, sein Land zu einen und Sozialreformen durchzusetzen. Überschattet von Terroranschlägen und des seither herrschenden Notstandes gelang ihm dies nur sehr bedingt. Er kandidierte schließlich nicht einmal mehr für eine zweite Amtszeit. Deshalb trat für die Sozialisten Benoît Hamon an – vergebens.

Auch die konservative Alternative, der Republikaner, François Fillon, bekam von den Franzosen keinen Zuspruch. Die Ermittlungen gegen ihn wegen Scheinbeschäftigung seiner Ehefrau und weiterer Korruptionsvorwürfe ließen ihn im Februar schon von einem möglichen Rücktritt von der Kandidatur sprechen. Im ersten Wahlgang 2017 schied er schließlich mit 19,9 % aus.

Zur großen politischen Hoffnung wurde der „unabhängige“ Emmanuel

Macron. Der ehemalige Wirtschaftsminister und frisch gewählte Präsident scheint das französische Volk mit zuversichtlichen, mutigen Reden überzeugen zu können – ähnlich wie Obama 2008 in den USA. Können so die Rechtspopulisten eingedämmt werden?

### Hilfos in der Regierung

Dass die Rechtspopulisten keine echte Regierungsalternative darstellen, ist allein schon an den teilweise widersprüchlichen Wahlprogrammen zu sehen, die schon als „politischer Gemischtwarenladen“ bezeichnet wurden.<sup>20</sup> Und: Dass Rechtspopulisten nicht für die Bevölkerung zufriedenstellend regieren können, wurde in Österreich offenbar. In der Zeit, in der die FPÖ Teil der schwarz-blauen Koalition war, verlor sie erheblich an Wählerzuspruch. Bei den Nationalratswahlen 1999 fuhren sie 26,9 % ein. Sechs aufreibende Jahre in der Regierungskoalition mit der ÖVP ließen den Wählerzuspruch auf 11 % sinken. Und auch innerparteilich brach das rechtspopulistische System zusammen. So entstand das von Jörg Haider geführte Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), das mehrere Jahre einen echten, rechtspopulistischen (wenn auch tendenziell mehr freiheitlich-bürgerlichen) Gegenpart zur FPÖ darstellte.

Ähnlich erging es der Minderheitsregierung in den Niederlanden, die von

der Partij voor de Vrijheid gestützt wurde. Sie zerbrach 2012 bereits nach zwei Jahren, die PVV sackte von 15,5 auf 10,1 % ab.

Nun ist es an den etablierten Parteien, kluge Antworten auf die Fragen und Forderungen der Bevölkerungen zu geben. Dem Anschein einer abgehobenen Elite müssen sich die Parteien entgegenstellen. Dabei bringt es wohl wenig, auf den (rhetorischen) Karren der Rechtspopulisten aufzuspringen und ebenso laut einfache Lösungen auszurufen. Das können die Rechtspopulisten selbst am besten. Für die Medien und den öffentlichen Diskurs sollte indes gelten: Wir müssen nicht über jedes Stöckchen springen, dass uns die Rechtspopulisten hinhalten – egal, ob in Frankreich, Österreich, Holland oder Deutschland. ///



### /// THOMAS MICHAEL KLOTZ

ist Diplomand an der Hochschule für Politik in München mit den Studienschwerpunkten Rechtspopulismusforschung und Umweltpolitik. Der Stipendiat des Journalistischen Förderprogramms der Hanns-Seidel-Stiftung arbeitet als freier Journalist und bloggt über Bayern, Tradition und Umwelt ([www.bayerischer-freigeist.de](http://www.bayerischer-freigeist.de)).

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Heschl, Franz: Eine EU „für alle“? Der europäische Integrationsprozess in der Rhetorik der Europäischen Kommission, in: Zeitschrift für Politik 4/2016, S. 443.

<sup>2</sup> Rauscher, Hans: Hofer, Habsburg, Hautevolee,

<http://derstandard.at/2000036769910/Hofer-Habsburg-Hautevolee>, Stand: 26.2.2017.

<sup>3</sup> <https://twitter.com/StefanLeifert/status/775268764321452032/photo/1>, Stand: 26.2.2017.

<sup>4</sup> Löwenstein, Stephan: Kommt Zeit, kommt Trump, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.11.2016, S. 2.

<sup>5</sup> Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ): Wahlkampf flyer „Stimme der Vernunft. Norbert Hofer“, 2016.

<sup>6</sup> Ebd.

<sup>7</sup> Berühmt wurde ein Foto von Strache, auf dem er angeblich den „Kühnengruß“ zeigt, einen in Deutschland verbotenen, unter Neonazis verbreiteten Gruß, bei dem man Daumen, Zeige- und Mittelfinger streckt. Strache versuchte, dies als Bierbestellung umzudeuten.

<sup>8</sup> Gessenharter, Wolfgang: Was ist Rechtsextremismus, in: Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Aktuelle Forschungstendenzen im Vergleich, hrsg. von Holger Spöhr und Sarah Kolls, Frankfurt am Main 2010, S. 28 f.

<sup>9</sup> Wiegel, Michaela: Mutter Marine und ihre Kinder, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.9.2016, S. 3.

<sup>10</sup> Wiegel, Michaela: Die heilige Johanna von Toulon, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.12.2015, S. 3.

<sup>11</sup> Chwala, Sebastian: Der Front National. Geschichte, Programm, Politik und Wähler, Köln 2015, S. 80 f.

<sup>12</sup> Bizeul, Yves: Ursachen und Erscheinungsformen von Rassismus und Rechtspopulismus im heutigen Frankreich, in: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien, hrsg. von Frank Decker, Bernd Henningsen und Kjetil Jakobsen, Baden-Baden 2015, S. 59 f.

<sup>13</sup> chs: Frankreichs Wirtschaft besorgt wegen Le Pen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.12.2015, S. 17.

<sup>14</sup> Müller, Jan-Werner: Was ist Populismus?, Berlin 2016, S. 55.

<sup>15</sup> Vossen, Koen: Vom konservativen Liberalen zum Nationalpopulisten. Die ideologische Entwicklung des Geert Wilders, in: Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich, hrsg. von Friso Wielinga und Florian Hartleb, Münster 2011, S. 85.

<sup>16</sup> Erk, Jan: The Famous Dutch (In)Tolerance, in: Current History 734/2016, S. 116.

<sup>17</sup> Wilders vergleicht den Islam mit Nazi-Ideologie, [http://www.focus.de/politik/ausland/wahlen-in-den-niederlanden-wilders-vergleicht-den-islam-mit-nazi-ideologie\\_id\\_6634899.html](http://www.focus.de/politik/ausland/wahlen-in-den-niederlanden-wilders-vergleicht-den-islam-mit-nazi-ideologie_id_6634899.html), Stand: 26.2.2017.

<sup>18</sup> Wilders hetzt erneut gegen Marokkaner, [http://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5172033/Wilders\\_Es-gibt-viel-marokkanischen-Abschaum-in-Holland](http://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5172033/Wilders_Es-gibt-viel-marokkanischen-Abschaum-in-Holland), Stand: 20.2.2017.

<sup>19</sup> Kurz, Sebastian: „Wir haben ohnehin zu viel Migration“, <https://kurier.at/politik/inland/kurz-wir-haben-ohnehin-zu-viel-migration/247.245.918>, Stand: 19.2.2017.

<sup>20</sup> Bauer, Werner T.: Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa, Wien 2015, S. 20.

Es gilt zu zeigen, dass die Rechtspopulisten **KEINE** wirkliche Regierungsalternative sind.



/// Wofür stehen wir?

## CHRISTLICH SOZIALE GERECHTIGKEIT

**ELMAR NASS** /// „Wir stehen für soziale Gerechtigkeit. Aber wofür stehen die anderen?“ Mit diesem Slogan steckte die SPD 2005 klar ab, wer politisch die Deutungshoheit über „soziale Gerechtigkeit“ beansprucht. Im aktuellen Bundestagswahlkampf mühen sich linke Parteien wieder darum, wer das Original vertritt. Nicht nur aus demokratischem Interesse ist es Zeit klarzustellen, wofür andere stehen: z. B. für christliche (statt sozialistische) soziale Gerechtigkeit.

### Ein Wert – kein Kampfbegriff

Ob nun stramm sozialistisch, gemäßigt sozialdemokratisch oder in einem grün-ökologischen Gewand: Klar scheint, dass es soziale Gerechtigkeit nur links der so genannten Mitte geben kann. Die demoskopischen Sonntagsfragen bestätigen Woche für Woche, dass die Kompetenz zu dem Thema eindeutig dort verortet wird. Soziale Gerechtigkeit gilt als Wert, für den Politik unbedingt einstehen soll. Gute Politik muss also sozial gerecht sein. Wenn das weitgehend Konsens ist und dieses Gut zugleich automatisch einem bestimmten politischen Lager zugeordnet wird, werden es andere Parteien dagegen schwer haben.

So gesehen sind der Slogan und aktuelle Fokussierungen auf dieses Thema wahltaktisch geschickt gewählt. Wenn der gute Ruf des sozialen Wertes dann noch euphorisch auf den Spitzenkandidaten projiziert wird, dann konkurriert im Wahlkampf quasi die soziale Ge-

Soziale Gerechtigkeit wird politisch immer eher **LINKS** verortet.

rechtigkeit ad personam gegen alle ihre Gegner. Wer will dann schon dagegen sein? Vielleicht geht diese Strategie ja sogar auf. Mit inhaltlicher Programmatik und sauberer Argumentation hat sie aber nichts zu tun. Der Weg zurück zur Redlichkeit in der Argumentation fällt im Wahlkampf wohl schwer. Wem er strategisch nicht passt, wird ihn auch nicht suchen. Deshalb muss der Anstoß von anderer Seite kommen. Dabei geht es nicht gegen die soziale Gerechtigkeit, sondern im Gegenteil darum, sie vom Image des polemischen Kampfbegriffs zu befreien. Machen wir also die soziale

Was ist soziale Gerechtigkeit? Fakt ist: Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter.



Gerechtigkeit wieder zu dem was sie ist, nämlich ein sozialer Wert, um den politisch zu streiten sich lohnt.

### Das Paradox sozialer Gerechtigkeit

Warum genießt die soziale Gerechtigkeit ein so hohes Ansehen, dass mit ihr sogar Wahlen entschieden werden können? Ihre Wertschätzung allein ist noch keine Wahlkampfretorik, denn sie fußt auf einem breiten moralischen Konsens un-

**Die soziale Gerechtigkeit ist grundsätzlich als gut anerkannt, ihre DEUTUNG jedoch umstritten.**

serer Gesellschaft, die sich immerhin eine Ordnung als sozialer Bundes- und Rechtsstaat gibt (GG Art 20, 28). Was liegt da näher, als soziale Gerechtigkeit zum Garanten für dieses verfassungsmäßige Selbstverständnis zu erklären? Was das Recht positiv vorschreibt, löst sie normativ ein. Sie ist immer etwas Gutes. Die Wurzeln ihres Gutseins reichen von der Antike bis zur Gegenwart. Um die Gerechtigkeit als Staatsziel ging es schon den alten Griechen (Platon, Aristoteles), aber auch die Aufklärung (Leibnitz, Kant), moderne Sozialphilosophie (John Rawls, Amartya Sen) und die Kirchen in ihrer Tradition wie in aktuellen Verlautbarungen hielten und halten sie als unangefochtenen Wert hoch. Die soziale Gerechtigkeit als deren Spielart, von der Luigi Taparelli (1840) und Antonio Rosmini (1848) unter dem Eindruck der sich zuspitzenden Sozialen Frage

erstmal sprachen, und die 1931 in der Enzyklika „Quadragesimo anno“ lehramtlich als Wert in der kirchlichen Soziallehre anerkannt wurde, genießt eine wohl noch breitere Beliebtheit. Denn der Zusatz „sozial“ suggeriert ein Plus moralischer Güte. Es schwingt ihr so immer auch eine Idee der Gleichheit mit, deren Ausmaß und Inhalt nun aber keineswegs als konsensfähig vorausgesetzt werden kann. Deshalb muss um ihren Inhalt gerungen werden. Wir sind also konfrontiert mit einem Paradox: Die soziale Gerechtigkeit ist ein gesellschaftlich weitgehend konsensfähiges Gut, über deren Semantik aber kein Konsens unterstellt werden kann.

Wenn einem bestimmten Parteienspektrum die Kompetenz über die soziale Gerechtigkeit zugesprochen wird, so kann aus dieser Richtung selbstverständlich die Semantik vorgegeben werden. Sobald erstmal die politischen Gegner hinsichtlich einer inhaltlichen Deutungskompetenz abgehängt sind, wird das noch allgemein positiv in den Ohren klingende Gut so ein wohlfeiles Vehikel, um eigene, politisch umstrittene Inhalte als alternativlose Ziele wirksam meinungsbildend zu verbreiten. Dies gelingt offenbar immer wieder den Parteien links der Mitte. Als sozial gerecht gilt dann wie selbstverständlich alles, was mehr Nivellierung durch mehr Umverteilung schafft, vor allem materiell, mit kulturellen Folgen. Im Klartext heißt das: Als gut, weil in diesem Sinne sozial gerecht, gelten etwa folgende politische Forderungen:

- Einführung von Reichen- und Vermögenssteuer,
- Erhöhung der Erbschafts- und Unternehmensbesteuerung,
- hohe Tarifabschlüsse und staatlich vorgegebene Mindestlöhne,

- Zurückdrängung der privaten Krankenversicherung,
- mehr Geld für Kitas zur Rundumbetreuung,
- mehr Geld für Genderwissenschaftler statt Förderung der grundgesetzlich geschützten Familie,
- mehr Geld für Inklusion und Einheitsschulen zu Lasten etwa von Sonderschulen,
- weniger Geld und Privilegien für Kirchen, dafür mehr muslimische Festtage,
- Zurückdrängung konfessioneller Sozial- und Bildungseinrichtungen und gleichzeitige Förderung atheistischer Träger (wie etwa humanistische Union),
- Staatsschulden für mehr soziale Wohltaten,
- Schuldenunion und mehr Finanzhilfen oder Schuldenerlass für Griechenland u. a.,
- Vorrang der Bedarfs- vor der Leistungsgerechtigkeit und der Solidarität vor der Subsidiarität sowie
- alles, was mehr Umverteilung von oben nach unten verspricht.<sup>1</sup>

Umstritten dagegen ist, ob immer mehr Geld für immer mehr Migration nach Deutschland ausgegeben werden soll. Dies geschieht nicht mit dem Hinweis auf den Gedanken einer demokratischen Leitkultur, die es zu schätzen

**Als sozial gerecht gilt den Parteien links der Mitte Nivellierung durch mehr UMVERTEILUNG.**

gilt. Solche Begriffe werden als vermeintlich rechtspopulistisch selbstverständlich gemieden. Vielmehr wird darüber gestritten, wie Sozialleistungen zwischen den Migranten und anderen Hilfsbedürftigen in unserem Land aufzuteilen sind. Unumstritten aber ist, dass immer mehr Sozialtransfers verteilt werden sollen. Das stärkt den Konsum und kurbele die Wirtschaft an, was auch wirtschaftsweise wie Peter Bofinger mit Verweis auf John Maynard Keynes immer noch glauben.<sup>2</sup>

### Bürgerliche Herausforderung

Wenn soziale Gerechtigkeit als moralisch gut gilt, sollte man – so das strategische Kalkül – meinen, all die genannten Forderungen nach mehr Umverteilung und Egalisierung seien ebenso unbestritten legitim. Wer gegen einen oder gar mehrere dieser Punkte Position bezieht, muss nach dieser Logik doch wohl selbstverständlich ein Gegner der sozialen Gerechtigkeit sein. Und allein deshalb sei er moralisch disqualifiziert. Eine solche Homogenität, für die abweichende Interpretationen verboten sind, ist in einer funktionierenden Demokratie aber unerwünscht. Sonst lebten wir ja schon in einer linkspopulistischen Diktatur, die uns Tabus und erlaubte Diskussthemata ideologisch vorschreibt.

Bürgerliche Parteien wie etwa CSU und CDU sehen sich nicht nur im Wahljahr 2017 mit dem zuvor beschriebenen Paradox sozialer Gerechtigkeit konfrontiert. Sie sollten bei manchen der als selbstverständlich sozial gerecht vorgebrachten Forderungen ihre Bauchschmerzen haben. Wie könnte eine angemessene Heilung dieser Schmerzen aussehen?

Erstens: Sie könnten angepasst gegen die eigene Überzeugung mit auf den Zug

aufspringen, weil der ohnehin nicht aufzuhalten sei. Die Verlockung wäre, selbst noch mehr Umverteilung und Egalisierung anzubieten, um gegenüber dem politischen Gegner zu punkten. Das aber wäre ein Verrat an eigenen Grundwerten, der die Glaubwürdigkeit nachhaltig zersetzt und der das Bürgerliche im politischen Spektrum überflüssig machen würde. Das Ergebnis wäre eine homogenisierte „linke Mitte“, die unserer demokratischen Kultur schaden und dazu noch mehr Platz für Parteien am rechten Rand schaffen würde.

Zweitens: Sie könnten destruktiv wie der liberale Wirtschaftsphilosoph Friedrich A. von Hayek die soziale Gerechtigkeit als inhaltsloses Wieselwort diffamieren, denn es habe überhaupt keine eigene Semantik und sei deshalb überflüssig. Eine auf die Gesellschaft bezogene Gerechtigkeit sei schließlich immer sozial. Deshalb reiche es aus, über Gerechtigkeit zu streiten. Mit einer solchen Destruktion sozialer Gerechtigkeit könnte man sich des lästigen Themas zu entledigen versuchen. Aber das hilft auch nicht viel weiter. Denn zum einen hat sich diese Definition sozialer Gerechtigkeit nach Hayek nicht durchgesetzt. Man würde also gegen einen nach wie vor positiv konnotierten Begriff zu Felde ziehen. Das bliebe ohne Erfolg. Und selbst wenn es gelänge, den Begriff zu verdrängen und stattdessen die Gerechtigkeit zum Streitthema machen würde, würde das am Phänomen links-avantgardistischer Begriffstotalität wenig ändern. Dann würde sich das Paradox einfach von der sozialen Gerechtigkeit zur Gerechtigkeit verschieben.

Drittens: Sie könnten effizient das Feld der sozialen Gerechtigkeit kampfflos den politischen Gegnern überlassen. Zu stark ist der Begriff schon in diesem

**Gegen die LINKS-AVANTGARDISTISCHE Begriffstotalität ist nur schwer anzukommen.**

Spektrum verortet, so dass sich die Energie zu eigener Profilierung hier eh nicht lohnt. Die Preisgabe dieser Flanke würde dann Kräfte für Kompetenzbereiche freisetzen, in denen man sich stark fühlt. Dann bliebe es die bürgerliche Aufgabe, das eigene politische Profil allein in alternativen Themenfeldern zu schärfen, etwa in Fragen der Wirtschafts-, Sicherheits- oder Außenpolitik. Eine solche Kapitulation auf einem Feld, das Sozial-, Finanz- und Kulturpolitik so maßgeblich beeinflusst, widerspricht aber dem Auftrag einer Volkspartei, ist strategisch unklug und deshalb ein schlechter Rat.

Viertens: Sie könnten auch konfrontativ den Begriff soziale Gerechtigkeit tatsächlich mit einer eigenen Semantik füllen, über die dann politisch gestritten wird. Diese Konsequenz entspricht dem demokratischen Prinzip, über den Inhalt der Werte (Menschenwürde, Freiheit und eben soziale Gerechtigkeit), die unser Gemeinwesen nicht selbst aus sich hervorbringen kann, mit konkurrierenden politischen Argumenten und Inhalten zu ringen. Für Parteien mit christlichen Wurzeln ist diese Aufgabe erst recht ein programmatisches Muss. Ist Jesus Christus das einladende Wertefundament demokratischer Politik, dann muss es um soziale Gerechtigkeit gehen, aber nicht um Sozialismus. Das haben gerade auch die für christliche

Parteipolitik maßgeblichen christlich-sozialen Bewegungen und Verbände im 19. und 20. Jahrhundert entscheidend vorgelebt, die bis heute in CSA und CDA eine starke Heimat haben.<sup>3</sup>

Auch pragmatisch gesehen ist es notwendig wie taktisch klug, Kompetenz und Profil in den Politikfeldern zu zeigen, in denen soziale Gerechtigkeit konkret wird. Hier können bürgerliche Parteien den politischen Gegner mit einem überzeugenden eigenen Profil christlich-sozialer Gerechtigkeit jenseits von uferloser Umverteilung, Gleichmacherei und Sozialismus stellen.

#### **Sozialphilosophische Begriffsklärung**

Abgesehen von politischen Überlegungen zur Verortung sozialer Gerechtigkeit ist eine Diskussion zu deren Semantik auch aus sozialphilosophischer Sicht dringend notwendig. Politische Dringlichkeit und sozialphilosophische Redlichkeit verfolgen ein gemeinsames Ziel. Was also ist überhaupt soziale Gerechtigkeit? Sie ist keineswegs identisch mit materieller oder anderer Gleichheit. Sie fordert nicht automatisch Umverteilungen von oben nach unten oder Egalisierungen in Bildung, Kultur, Ehe und Familie. Notwendig ist deshalb eine Erdung der Diskussion jenseits von emotionaler Wahlkampfretorik und proklamierten Deutungshoheiten. Um nicht einem wirren Nominalismus zu verfallen, brauchen wir also eine allgemeine Definition jenseits ideologischer Vereinnahmungen: Gerechtigkeit ist ordnungsethisch betrachtet jenseits des Rechtspositivismus das der Menschenwürde entsprechende Recht, während sie als soziale Gerechtigkeit daraus abgeleitet das der Menschenwürde entsprechende Verteilungsrecht ist.<sup>4</sup>

Sie ist also nicht, wie etwa Hayek meinte, nur die auf Gesellschaft bezogene allgemeine Gerechtigkeit. Vielmehr ist sie der Teilbereich, der nach der legitimen Verteilung der knappen Ressourcen in der Gesellschaft fragt, etwa nach Steuersätzen und Anspruchsrechten. (Soziale) Gerechtigkeit ist ein ethischer Begriff, der seine Semantik immer erst durch eine zugrundeliegende Vorstellung vom Menschen und seiner Würde gewinnt. Diese ist zwar im Grundgesetz und in der Erklärung der Menschenrechte als unantastbar kodifiziert, dennoch ist ihre inhaltliche Bestimmung umstritten. Das zeigte etwa die 2003 in der FAZ veröffentlichte Streitschrift des Verfassungsrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde gegen einen Kommentar

**Es bedarf einer allgemeinen, IDEOLOGIEFREIEN Definition von sozialer Gerechtigkeit.**

zu GG Art 1 von Matthias Herdegen. Die provozierende Frage dort war: Ist die inhaltliche Bestimmung der Menschenwürde, wie es Böckenförde sah, eine axiomatische Ewigkeitsentscheidung, die sich auch demokratisch legitimierte Veränderungswünschen entzieht? Dann gehört sie zu den Grundlagen, die die Demokratie nicht aus sich selbst hervorbringt. Oder muss auch die Menschenwürde nach Herdegen offen sein für neue Semantiken, die dem gesellschaftlichen Wertewandel unterzogen sind? Dann müssten wir als Gesell-

### Definition und Diskussion sozialer Gerechtigkeit basieren auf dem jeweiligen Verständnis von **MENSCHENWÜRDE.**

schaft immer wieder neu darüber diskutieren, was und wer der Mensch ist und was seine Würde ausmacht.

Die Diskussionen und Entscheidungen zur Euthanasie im Jahr 2015 sind ein Beispiel für solche immer neuen Aushandlungen. Sie zeigen schon die große Unsicherheit, wie wir mit der unantastbaren Würde umgehen sollen, wenn es konkret wird. Wo beginnt menschliches Leben? Wo endet es? Wer überhaupt ist ein Mensch, der unter das Würdegebot fällt? Was unterscheidet den Menschen von Primaten oder anderen Lebewesen? Wer darf also Anspruchsrechte genießen? Die Antworten auf diese Fragen sind keineswegs trivial. Sie müssen aber notwendig gegeben werden. Denn nur mit einem sich und anderen transparent gemachten Menschenbild kann gehaltvoll über Menschenwürde und erst mit diesem Würdeverständnis wirklich über soziale Gerechtigkeit diskutiert werden.

Die Konquistatoren Südamerikas hielten anfangs die Eingeborenen nicht für Menschen. Immer wieder gab und gibt es bis in die Gegenwart hinein Ideologien (Faschismus, Stalinismus, Maoismus, Islamismus), die exklusiv definieren, wer ein Mensch im Vollsinn sein soll und wer nicht. Je nach Menschenbild folgt daraus eine ggfls. für uns kontraintuitive oder gar abstoßende An-

thropologie mit ihren je eigenwilligen Definitionen von Menschenwürde und sozialer Gerechtigkeit. Der bloße Verweis auf das Grundgesetz hilft also nicht viel weiter. Vielleicht müssten wir sogar besser sagen: Die Würde des Menschen ist antastbar, und deshalb muss sie unbedingt geschützt werden. Über das Wie muss dann gerungen werden. Die extremen Beispiele zeigen: Weil unterschiedliche Definitionen von Menschenwürde miteinander konkurrieren, gibt es auch nicht ein einzig wahres, semantisch gehaltvolles Programm sozialer Gerechtigkeit. Wer über soziale Gerechtigkeit politisch oder sozialetisch sinnvoll diskutieren will, muss sein Verständnis von Menschenwürde offenlegen und daraus schlüssig Regeln zur Verteilung knapper Ressourcen begründen.

#### Von Menschenwürden und sozialen Gerechtigkeiten

Es gibt also miteinander konkurrierende Verständnisse sozialer Gerechtigkeit. Exemplarisch sind hier zunächst ihre in Deutschland (noch) einflussreichen Interpretationen im Kommunismus, gemäßigten Sozialismus und Liberalismus skizziert: vom Menschenbild bis zur daraus abgeleiteten Verteilungsregel.

#### Im Kommunismus

Kommunismus versteht auf atheistischer Grundlage den Menschen als Kollektivwesen. Sozial gerecht ist das Ge-

#### Im Kommunismus ist der Mensch ein **KOLLEKTIVWESEN.**

Wir können grob vereinfacht also diese drei sozialen Gerechtigkeiten vergleichen:

Soziale Gerechtigkeit in der Idee...	des Kommunismus	des gemäßigten Sozialismus	des Liberalismus
von Menschenwürde	von der herrschenden Partei zu- oder abgesprochen	im Diskurs zu- oder abgesprochen	durch Nutzenkalküle am Markt bestimmt
von Verantwortung	Selbstlose Sozialverantwortung	Vorrang der Sozialverantwortung (vorsorgender Sozialsaat)	Leistung und Eigenverantwortung
vom Zusammenleben	Klassenkampf schafft dialektisch neue Tradition	Gegenüber von Reich und Arm; Überwindung von Tradition im Diskurs	Anonymes Nebeneinander ist ausreichend; Überwindung von Tradition durch Laissez-faire
von Wirtschaft	Planwirtschaft	Markt mit starken Regulierungen	Freier Markt
von Bildung	Abtötung des Egoismus, egalisierte klassenlose Bildung und Kultur	Zurückdrängung von Egoismus; antiautoritäre Egalisierung in Bildung und Kultur	Freiheit statt Paternalismus
von (Um-)Verteilung	Kollektiveigentum	Privateigentum mit starker Sozialverpflichtung (hohe Steuern)	Privateigentum, zwangsfreie Sozialtransfers und Duldungsprämien

meineigentum, vorzugsweise in der Planwirtschaft. Eingriffe müssen gerechtfertigt werden. Für das Zusammenleben wird ein vom Egoismus befreites Gemeinschaftsgefühl erwartet, das im Klassenkampf die vermeintlichen Feinde ausschließt. Menschenwürde wird abhängig gemacht vom Nutzen für das Kollektiv. Und die herrschende Partei spricht totalitär Menschenwürde zu oder ab, etwa so: „Der fortschrittli-

che Teil der Intelligenz, der auf die Positionen der Arbeiterklasse übergeht, wird zum Subjekt der Politik, während solche Angehörige dieser Schicht, die diesen Übergang nicht zu vollziehen vermögen, ‚Objekt‘ der Politik der Arbeiterklasse bleiben.“<sup>3</sup>

#### Im gemäßigten Sozialismus

Gemäßigter Sozialismus steht Pate für den zuvor beschriebenen Forderungska-

talog. Er lässt Markt und Privateigentum zu. Der Mensch wird auch als Individuum anerkannt. Für das Zusammenleben ist der Klassenkampf verworfen, es bleibt aber ein Misstrauen, das sich gerne in Neiddebatten entlädt. Über die Menschenwürde wird im Diskurs politisch befunden. In diesem von Jürgen Habermas, dem Vordenker der 68er-Bewegung, ideologisch vorgegebenen Forum, sind keine axiomatischen Ewigkeitsentscheidungen erlaubt. Selbst die Menschenrechte sind verhandelbar: „Menschenrechte mögen moralisch noch so gut begründet werden können. Sie dürfen aber einem Souverän nicht gleichsam paternalistisch übergestülpt werden. Die Idee der rechtlichen Autonomie der Bürger verlangt ja, dass sich die Adressaten des Rechts zugleich als dessen Autoren verstehen können.“<sup>6</sup> Soziale Rechte, etwa von Ungeborenen, Menschen mit Demenz oder geistiger Behinderung oder von Sterbenden, können so durch eine möglicherweise relativierte Menschenwürde nicht abgesichert werden.

Diese Menschen profitieren dann auch nicht davon, dass soziale Gerechtigkeit auch heißen soll, dass durch möglichst hohe Sozialtransfers (John Rawls) oder durch ein unabhängiges Basiseinkommen für alle (Philippe Van Parijs) die Situation der am wenigsten begünstigten Menschen in der Gesellschaft optimiert werden soll. Dazu werden die Leistungsstarken entweder durch möglichst hohe Steuern zwangsweise verpflichtet. Oder es muss der Egoismus durch Umerziehung abgetötet werden, damit selbstlos möglichst wenig für sich statt für die Gemeinschaft erwirtschaftet wird. Diese Idee sozialer Gerechtigkeit hat die Utopie von einem selbstlosen Kollektivmenschen und eine Konkurrenzidee zwischen Arm und Reich nicht vollends

überwunden und bevorzugt gegenüber privatwirtschaftlicher Initiative einen starken, vorsorgenden Sozialstaat. Traditionelle Werte wie Ehe, Familie, Lebensschutz und Kirche werden durch die politische Elite im Diskurs relativiert. Eigenverantwortung, Subsidiarität, Leistung, Tradition und Freiheitlichkeit stehen im Hintergrund. Etatistisch verordnete Umerziehung mit Wohlfahrtsverlusten können ungebetene Nebeneffekte sein. Dabei konkurriert sogar der vermeintliche Schutz der Schwächsten mit seiner möglichen Relativierung im Diskurs.

#### Im Liberalismus

Soziale Gerechtigkeit im Liberalismus hat vielseitige andere Facetten. Grundsätzlich ist der Mensch dort zuerst mit seiner Eigenverantwortung im Blick. Für das Zusammenleben reicht ein anonymes Nebeneinander der Wettbewer-

**Soziale Gerechtigkeit ist nicht ALLGEMEINGÜLTIG deutbar.**

ber am Markt. Soziale Gerechtigkeit fordert hier die Vermeidung von Zwang und deshalb möglichst niedrige Steuern. Denn diese sind, mit Robert Nozick libertär gesprochen, Zwangsarbeit. Die Menschenwürde wird abgeleitet aus Nutzenkalkülen am Markt. Soziale Transfers sind allenfalls als „Duldungsprämien“ zur Minderung des gesellschaftlichen „Drohpotenzials“ zu rechtfertigen.<sup>7</sup> Damit blieben auch hier wieder schnell diejenigen Schwächsten auf

der Strecke, von denen gar keine Gefahr des sozialen Friedens ausgeht.

Keine dieser Positionen ist sozial gerechter als die andere. Eine wie auch immer erhobene Deutungshoheit über die soziale Gerechtigkeit ist stets eine unzulässige Anmaßung. Denn jede Interpretation leitet auf der Grundlage eines eigenen Menschen- und Gesellschaftsbildes Verteilungsregeln ab, die aus ihrer Sicht für menschenwürdig gehalten werden und somit soziale Gerechtigkeit entweder mehr oder minder sozialistisch oder liberal definieren. Diese Varianten sozialer Gerechtigkeit können entweder Leistung, personale Entfaltung und Wohlstand reduzieren und / oder die Schwächsten durch die Maschen des sozialen Netzes fallen lassen, weil eine ganzheitliche Anthropologie und somit ein Gleichgewicht von Solidarität und Subsidiarität fehlen.

#### Jenseits von Sozialismus und Liberalismus

Soziale Gerechtigkeit im Sinne Sozialer Marktwirtschaft gründet vor allem in christlichen Ideen von Mensch, Würde, Zusammenleben und der Verantwortung für die Sozial-Prinzipien in Wirtschaft, Bildung und Ressourcen-Verteilung. Christlich soziale Gerechtigkeit ist weltanschaulich nicht voraussetzungsreicher als ihre säkularen Alternativen. Jede der Positionen gründet in Axiomen und Menschenbildern und damit in einem Bekenntnis. Es liegt kein Grund vor, warum das christliche verschwiegen, die anderen aber hofiert werden sollten.

Christlich soziale Gerechtigkeit hat folgende Konturen:

- Abgeleitet aus der Gottesebenenbildlichkeit des Menschen besteht eine unbedingte Würde jedes Menschen,

die nicht von herrschenden Parteien, Diskursen oder Vorteilsüberlegungen abhängig ist.

- Der Mensch ist Person und trägt so als moralisches Individuum und Sozialwesen gleichermaßen Eigen- und Sozialverantwortung, die er entfalten (können) soll.
- Das menschliche Zusammenleben soll bestimmt sein von einem auch affektiven Miteinander, über soziale Schichten hinweg, jenseits von (politischen, religiösen, Gender- u. a.) Kampfideologien. Traditionelle Werte (Ehe, Familie, Heimat, christlicher Glaube, Lebensschutz) gelten als schützenswerte Grundlagen, die die Ordnung nicht aus sich selbst hervorbringt.
- Soziale Marktwirtschaft bringt Effizienz und Humanorientierung am Markt zum Ausgleich, wobei der Markt der Entfaltung des ganzen Menschen als Person dient.
- Bildung schließt Tugenderziehung ein. Unterschiedliche Talente verdienen im Schulsystem gleiche Würde und darauf abgestimmte Förderung.
- (Um-)Verteilung schafft positive Freiheit, die jeden Menschen befähigt, sich als Person seinen Möglichkeiten entsprechend zu entfalten. Sie garantiert unbedingte soziale Rechte der Schwachen und unbedingte soziale Pflichten der Fähigen.

**Den linkspopulistischen Herausforderungen muss man mit GRUNDSÄTZEN christlich sozialer Gerechtigkeit begegnen.**

Soziale Gerechtigkeit heißt dann konkret:

- Leistungsgerechtigkeit darf nicht durch Steuerschrauben abgewürgt werden.
- Soziale Transferleistungen dienen in der Regel nicht der Versorgung, sondern der Befähigung im Sinne positiver Freiheit (Ausgleich von Solidarität und Subsidiarität).
- Es braucht Anreize für private Innovationen und Investitionen statt Staatswirtschaft.
- Nicht der Staat, sondern Tarifpartner handeln Löhne aus.
- Es gibt Diversität in der Krankenversicherung, wenn dadurch Innovationen in der Versorgung möglich werden.
- Es braucht Anreize und mehr Geld für Familienförderung statt staatlich subventioniertem Vormarsch der Genderideologie.
- Es braucht Diversität im Schulsystem statt Inklusionsideologie und Einheitsschulen.
- Es bedarf der Stärkung christlicher Werte, Träger und Traditionen,
- der Solidität öffentlicher Finanzen zugunsten kommender Generationen und
- das Einhalten von Verträgen (etwa in der Euro-Krise) statt einer Schuldenunion.

Wer so denkt, nimmt konfrontativ die linkspopulistische Herausforderung an. Er steht ein für christlich soziale Gerechtigkeit. Wofür die anderen stehen, ist bekannt. ///



### /// PROF. DR. DR. ELMAR NASS

ist Professor für Wirtschafts- und Sozialethik an der Wilhelm Löhe Hochschule, Fürth.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Zu den letzten vier Punkten vgl. Hengsbach, Friedhelm: Europäische Solidarität – nicht zum Nulltarif, hrsg. vom Nell-Breunig Institut Frankfurt 2011, und eine Antwort darauf von Nass, Elmar: Die Kirche und das Euro(pa)dilemma, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.8.2012, S. 12.

<sup>2</sup> Plickert, Philip: Zurück zu Keynes, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.11.2008, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/wege-aus-der-rezession-rueckkehr-zu-keynes-1573229.html>, Stand 26.3.2017.

<sup>3</sup> Einige kirchliche Sozialverbände haben sich aber, unterstützt durch einflussreiche neosozialistische Strömungen in der christlichen Sozialethik, auf die Spuren jenseits dieser Tradition gemacht.

<sup>4</sup> Es gibt daneben auf individuelle ethischer Seite die Gerechtigkeit als Tugend, die hier aber nicht das Thema ist.

<sup>5</sup> Huar, Ulrich: Mensch und Politik in Geschichte und Gegenwart. Zum Verhältnis von Individuum, Klasse und Politik, Ost-Berlin 1978, S. 146.

<sup>6</sup> Habermas, Jürgen: Über den inneren Zusammenhang von Rechtsstaat und Demokratie, in: Die Einbeziehung des Anderen, hrsg. von Ders., Frankfurt a. M. 1996, S. 293-305, hier S. 301.

<sup>7</sup> Homann, Karl / Pies, Ingo: Sozialpolitik für den Markt: Theoretische Perspektiven konstitutioneller Ökonomik, in: James Buchanans konstitutionelle Ökonomik, hrsg. von Ingo Pies und Martin Leschke, Tübingen 1996, S. 203-239, hier S. 220.

/// Eine unorthodoxe Antwort junger Konservativer

## DIE KRISE IN CHILE

**PAUL-LUDWIG WEINACHT** /// In Chile kam es nach 1990 und dann nach der Abwahl der ersten bürgerlichen Piñera-Regierung 2014, zu einem deutlichen Umschwung nach links. Doch die Zusammenballung von Krisen unter der sozialistischen Präsidentin Bachelet lässt erwarten, dass das Pendel bei den Präsidentschaftswahlen im November 2017 erneut umschlägt. Dies wäre freilich kein Selbstläufer, sondern auch der Mobilisierung des konservativen intellektuellen Sektors geschuldet.

### Die Zukunft Chiles

Man beginnt, die Krise des Landes zu sezieren. Dabei ist Konservatismus wieder angesagt, seitdem man aufhört, verbrauchte Traditionen fortzuschreiben und sich stattdessen mit Marxisten, Liberalen und der katholischen Soziallehre neu auseinandersetzt. Junge Intellektuelle tun sich in den Massenmedien und in der Wissenschaftspublizistik hervor, jüngst mit einem aus 50 Paragraphen bestehenden politisch-ökonomischen Manifest, das sich als „Einladung zum Nachdenken“ versteht\*. Ihre Schriften finden Aufnahme in der breiten Öffentlichkeit. Hinzu kommt: In Auseinandersetzung zwischen den politischen Lagern spielen private Institutionen der staatsbürgerlichen Erziehung und Führungsschulung, auch gefördert durch die Hanns-Seidel-Stiftung, eine wichtige Rolle.

Nach 17 Jahren Diktatur war Chile nicht bereit, die Person Augusto Pinochet als gewählten Staatsoberhaupt länger zu tolerieren. Auf die Frage, ob er als Staatspräsident kandidieren solle, kam 1990 das „No“. Seither wähen sich die Parteien in einem Übergang (transición). Er wurde die längste Zeit von einer Mitte-Links-Koalition gestaltet, bis die Enttäuschung über ausbleibende wirtschaftliche Erfolge eine Mitte-Rechts-Präsidentschaft mit dem Geschäftsmann Sebastián Piñera ermöglichte. Aber schon nach vier Jahren war nicht nur dessen Regierungszeit, sondern auch die liberal-konservative Koalition, die ihn politisch trug, am Ende. Das war nicht überraschend gekommen. Denn von intellektuellen Parteigängern der Sozialisten waren über Monate und Jahre wirkungsvolle Argumente und verführerische Alternativen gegen den

wirtschaftlich erfolgreichen Kurs der Koalition vorgetragen worden, ohne dass der Staatspräsident und seine Unterstützer sich zu wehren gewusst hätten. Studentische Straßendemonstrationen gegen den Zustand des chilenischen Bildungswesens heizten die Lage zusätzlich an.

Hätte es Gegenwehr gegeben? Zwei Möglichkeiten wären denkbar: Entweder zuzuwarten, bis die Mehrheit der Wähler von einem sozialistischen Regierungskurs wieder so enttäuscht wären, wie sie es 2012 schon einmal waren – oder aber: argumentativ aufzurüsten. Die Umstände des frühen Scheiterns von Piñera verwiesen auf den zweiten Weg: die argumentative Aufrüstung liberal-konservativer Politik.

An Donald Trumps Erfolgsspur Maß zu nehmen, kam nicht in Frage. Derlei ist in Chile undenkbar. Niemand, der das Amt des Staatspräsidenten zu erreichen wünscht, würde sich einen Steve Bannon als Chefberater auswählen. Und niemand würde sich den Weg in die Regierung mit „fake news“ zuzupflastern wagen, deren Wahrheitswert bekanntlich gegen Null geht. Neuerdings sagt man „postfaktisch“, wenn man der Auffassung ist, Fakten müssten nicht wahr sein, sondern die Eignung haben, Meinungen zu unterstützen, die einem Politiker auf seinem Weg zur Macht behilflich sind. Niemand in Chile

würde behaupten, ein solcher Weg zur Macht passe zu den Liberal-Konservativen und ihrer Kultur.

Und darum muss die politische Klasse der rechten Mitte einen anderen Weg der Rückgewinnung von Regierungsmacht gehen, einen Weg, den sie seit längerem zu gehen nicht mehr imstande war. Der Appell an alte Richtungssympathien genügt nicht mehr, um die Sicherung einer eigenen oder die Abwahl einer entgegenstehenden Regierungsmehrheit zu begründen. Man will argumentfähig werden und bedarf dafür der Verbindung zu einer geistig verwandten Gruppe von Intellektuellen, die sich in der Öffentlichkeit des Landes einen Namen gemacht hat. Sie sollen zeigen, wie man von der Lage der Nation, von den Aufgaben des Landes, von den Problemen der Gesellschaft her argumentieren kann und daraus das Interesse an Gesetzgebungs- und Regierungsmacht als politische Folgerung ableitet. Hier entsteht ein Thema, das in seiner Dringlichkeit schwerlich zu übersehen ist. Es hängt zusammen mit der tiefen Spaltung der chilenischen Gesellschaft, der Wählerenttäuschung durch die sozialistische Regierung von Michelle Bachelet und die damit einhergehende Regierungskrise, die sich inzwischen zur Staatskrise ausweitete (crisis).

### Machtverschiebung im intellektuellen Milieu

Bei der Analyse der Krise jenseits der linken Argumente kommen junge Intellektuelle ins Spiel. Wenn sie als „Konservative“ gelten, dann in einer „unorthodoxen“ Weise. Denn sie setzen sich mit altkonservativen, sozialistischen und liberalen Theorien auseinander, die sie kenntnisreich kritisieren und aus denen sie Anregungen in ihre eigenen Ana-



La Moneda – der chilenische Präsidentenpalast. Wer wird nach den Wahlen im November 2017 dort residieren?

lysen übernehmen. Zu diesen Intellektuellen gehören in Europa promovierte und in Santiago aktive Professoren der Politikwissenschaft und Philosophie wie Hugo Herrera (Würzburg), Daniel Mansuy (Rennes) und Manfred Svensson (München). Gemeinsam ist ihnen der Einfluss, den das aristotelische und thomistische Denken ihres Landsmanns Joaquín García Huidobro, eines an der Universidad de los Andes lehrenden Rechtsphilosophen, auf sie ausübt. Von anderer Herkunft, aber für die Auseinandersetzung um die Krise des Landes nicht weniger interessant, ist der Sozialanthropologe und ehemalige Marxist Pablo Ortúzar Madrid. Er arbeitet heute als Verlagsleiter in einem konservativen Studieninstitut und ver-

öffentlicht nicht nur gern gelesene Kolumnen in La Tercera, einer hauptstädtischen Tageszeitung, sondern setzt sich auch öffentlichkeitswirksam mit der Qualität von Schulbüchern auseinander. Neben den chilenischen Intellektuellen tragen Gastprofessoren aus dem Ausland zum Bild der neuen, unorthodoxen konservativen Front bei, etwa die thomistischen Philosophen Robert Spaemann und Pierre Manent.

Der Weg, auf dem der unorthodoxe Konservatismus in der Öffentlichkeit Chiles an Einfluss gewinnen soll, lässt sich mit dem Bild eines römischen Brunnens beschreiben, der sein Wasser von oben über mehrere Becken nach unten ergießt. Die „Röhren“, aus denen die jungen Konservativen ihr „Wasser“ strö-

**Die Art und Weise wie Donald Trump Präsident wurde, wäre für Chile heute UNDENKBAR.**

men lassen, sind ihre Publikationen in Büchern und Zeitschriften, öffentliche Vorträge oder regelmäßige Kolumnen in den Zeitungen des Landes. Einzelne treten als Experten vor Parlamentsausschüssen auf, die meisten beteiligen sich als Instrukoren in außerschulischen und außeruniversitären Bildungseinrichtungen. Ihre Argumentationsketten

**Unorthodoxe junge Konservative bringen ihre Ideologie durch PUBLIKATIONEN in die Öffentlichkeit.**

werden, soweit sie nicht schon didaktisch aufbereitet sind, von konservativen Politikern aufgenommen und dann von diesen in eine breitere Öffentlichkeit übergeleitet. Dieser Weg, ihre Ideologie stufenweise an die Basis zu bringen, war bis dahin ein Privileg sozialistischer Intellektueller, Politiker und Journalisten.

### Die Mühen der Ebene: Institutionen für Wissenschaft und Erziehung

Werfen wir einen Blick auf diejenigen Teile der Öffentlichkeit, die durch Schüler und Studenten, die Massenmedien und die politischen Institutionen des Landes gebildet werden. Hier verstehen sich einige als Motor einer liberal-konservativen politischen Kultur und werden durch Institutionen erreicht, die sich den politischen Wissenschaften und der staatsbürgerlichen Erziehung widmen. Anders als in Deutschland, wo Steuergelder für parteinahe Stiftungen und Akademien für politische Bildung

auf Bundes- und Landesebene fließen, sind diese chilenischen Institute staatsfrei und keiner Partei nachgeordnet. Sie werden aus Kreisen der Wirtschaft und von Privaten unterstützt. Einige erhalten ebenso wie linke Studienzentren über politische Stiftungen Finanzierungshilfen aus dem Berliner Entwicklungshilfeministerium.

Institute wie die Fundación Chile Siempre und das Instituto ResPublica widmen sich der Erziehung zu sozialem Engagement und der Verteidigung christlicher Werte, andere, die unter dem Einfluss konservativer Intellektueller gegründet worden sind, zielen auf politische Erziehung, die Qualifizierung für Führungsaufgaben (Idea País) und den Verlag von Publikationen oder die Präsenz in Kommunikationsmedien für einen Wandel der öffentlichen Meinung (Instituto de estudios sociales). Die zwei zuletzt genannten Einrichtungen sind Partnerorganisationen der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung.

Die intellektuellen Ressourcen der Studieninstitute entsprechen den jeweiligen Aufgaben. Sie bestehen aus Professoren, Schullehrern und Praktikanten. In Kursen von etwa zehn Wochen werden Schüler und Studenten unterrichtet und können eine Abschlussqualifikation erreichen. Die Büros für das Leitungs- und Verwaltungspersonal sind bescheiden, sie gleichen AStA-Büros an deutschen Unis. Die „Stiftung Chile für immer“ (Fundación Chile Siempre), das älteste der Institute, ist seit jeher auch in Provinzstädten vertreten, wo sie zu zivilgesellschaftlichen Initiativen aufruft. So organisieren sich Schüler zu Demonstrationen, die „Ideen in Aktion“ (ideas en acción) vorstellen, etwa die „Für ein gerechtes, freies und hochwertiges Erziehungswesen“ (Educación jus-

ta, libre y de calidad). Sie demonstrieren auch für eine christliche Kultur der Familie oder Protest gegen Abtreibung (Una Cultura Pro Mujer, Pro Nino y Pro Vida). Das vor fünf Jahren gegründete Institut ResPublica, das sich mit einem illustren Kreis von Beratern aus dem öffentlichen Leben Chiles umgibt, widmet sich der qualifizierten Zusatzausbildung von Gymnasiasten und Studenten in der Hauptstadt und neuerdings auch in der Provinz (Concepción). In den Kursen stehen Freiheit und Verantwortung der Teilnehmer an vorderster Stelle. Im öffentlichen Diskurs des Landes, der durch Vertrauensverlust in Personen und Institutionen geprägt ist, sollen die Werte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Würde der Person nach vorn gebracht werden.

Ausweislich des Tätigkeitsberichts des „Instituts für Gesellschaftswissenschaften“ waren im Jahr 2014 etwa 1500 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit ihm vernetzt und wurden über seine öffentliche Tätigkeit informiert. Man erfährt auch, dass die Hauptstadtzeitung La Tercera ein ganzseitiges Interview mit einem leitenden Mitarbeiter gebracht hat, wo dieser auf das im Institut neu herausgebrachte Buch des englischen Parlamentariers Jesse Norman aufmerksam machen konnte (Larga sociedad). Die Erwähnung ihrer Aktionen in der Presse oder im Fernsehen ist ein

**Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Würde der Person werden in KURSEN gelehrt.**

unübersehbares Element in den Rechenschaftsberichten all dieser Institute.

### Soziale Marktwirtschaft auf einem Fundament von Tugenden

Aus den Schattenseiten des Neoliberalismus der Chicago-Schule, die in den 70er-Jahren das wirtschaftspolitische Heft in der Hand hatte, hat man in Chile zwei Erkenntnisse gewonnen: Gleichheit in der Demokratie bedeutet nicht nur gleich vor dem Gesetz, sondern auch gleich gegenüber alltäglichen Lebenssi-

**Die in der CRISIS angekommene chilenische Gesellschaft muss neu geformt werden.**

tuationen von Stadt, Provinz, Gewerkschaften, Ökologie und Familien. Und frei in Bezug auf die Wirtschaftsordnung bedeutet nicht, dass der Wettbewerb sich durchgängig am Gewinninteresse der Eigentümer ausrichtet, sondern, dass der Staat den Wettbewerb regelt und die Bedingungen eines im weitesten Sinne menschenwürdigen Lebens der Beschäftigten institutionell schützt. Chile sieht sich insoweit auf dem Weg zu einer „freien und sozialen Marktwirtschaft“, wie sie in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg geschätzt wird.

Ihre Ausgestaltung verlangt gewiss staatliche Normen, benötigt aber - was auch in Europa oft vergessen wird - ein Fundament guter Sitten. Wenn sich die wertkonservative Jugend in Chile der Forderung nach „Ehe für alle“ wider-



setzt und sich zu den tradierten Werten von Ehe und Familie bekennt, akzeptiert sie zugleich Normen und Tugenden, wie sie von den Vätern der Sozialen Marktwirtschaft vertreten worden sind, nämlich Selbstdisziplin, Gerechtigkeits-sinn, Ehrlichkeit, Fairness, Maßhalten, Gemeinsinn und sittliche Normen. Vor allem der Menschenwürde wird breites-te Geltung eingeräumt. Schützt sie doch jene „festen sittlichen Normen“, die Wilhelm Röpke für eine Ordnung „jen-seits von Angebot und Nachfrage“ ein-gefordert hat (1958) und die von den jungen Konservativen auf das Lebens-recht aller Menschen bezogen wird, auch der Ungeborenen und der Famili- en, der Behinderten.

Nach dem Kanon dieser Tugenden gliedern sich mehr oder weniger deut- lich die Kurse in den hier untersuchten Instituten. Eines davon geht im Drei- schritt vor und bestimmt als Basis eine „Gesellschaft mit Prinzipien“ (Men- schenwürde, freies Unternehmertum mit individueller Verantwortung). Dar- an schließt sich eine „freie Gesellschaft“ (freie ökonomische Initiative, individu- elle Verantwortung, Privateigentum). Den Abschluss bildet eine, an Verdienst und Leistung ausgerichtete „Gesell- schaft der Vergünstigungen“. Rücksich- ten auf soziale oder regionale Herkunft indes sollen keine Rolle mehr spielen - eine Norm, die in altkonservativen Krei- sen vermutlich nicht klaglos akzeptiert wird.

Wenn es in diesem Zusammenhang heißt, die in der Crisis angekommene Gesellschaft müsse neu geformt werden (“reshaping our society“), mag das man- chen in Deutschland an die Zeit erin- nern, als Ludwig Erhard die Idee von einer „formierten Gesellschaft“ propa- gierte.

### Blick auf die kommende Wahl

In einigen Studieninstituten werden Theoriekurse und Training in sozialer und politischer Führung angeboten. Die eingeschriebenen Schüler und Studen- ten sollen zu Persönlichkeiten gebildet werden, die die Fähigkeit zu „kräftiger, klarer und kohärenter Führung“ haben, um die gemeinsamen Werte zu fördern und zu verteidigen. Von ihnen erwartet man sich Kandidaten für Kommunal- und Parlamentswahlen.

Bei ihrer Bemühung um Elitenbil- dung rechnen die Institute mit der Mit- wirkung privater Schulen und Universi- täten vor Ort, aber auch mit intellektuel- ler und sehr begrenzter finanzieller Hilfe aus dem Ausland. In ihren Jahresrück- blicken wird daher gerne auf die Früchte

Politiker der Mitte-Rechts-Koalition versuchen sich durch **KULTURELLEN WANDEL** für eine gesellschaftliche Mehrheit wählbar zu machen.

von nationalen und einigen internatio- nalen Kooperationen hingewiesen, und sie werden mit Statistiken untermauert, nämlich der Anzahl von Praktikanten und erfolgreichen Absolventen, die Jobs in regierungsunabhängigen Organisati- onen (NGOs), in der Verwaltung, in der Politik oder in öffentlichen Kranken- häusern übernommen haben.

Die Meinungsführerschaft im Kampf gegen die Krise im Land ist ge- wiss noch nicht gewonnen, aber die Ab- solventen der Institute wirken bereits an

jenem kulturellen Wandel mit, in dem es den Politikern der Mitte-Rechts-Koa- lition gelingen könnte, sich für eine ge- sellschaftliche Mehrheit wählbar zu ma- chen. ///



/// UNIV.-PROF. EM. DR. PHIL.  
PAUL-LUDWIG WEINACHT

ist emeritierter Professor am Institut für Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Würzburg.

#### Anmerkung

\* Fernández, H. Larraín / Zavala, A. Allamand / Zú- niga, R. Mendoza / Correa, J. García-Huidobro / u. a.: Manifiesto por la república y el buen gobierno (una invitación a pensar), Santiago, 12.2.2017.



Amann, Melanie: *Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD; wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert.* München: Droemer Verlag 2017, 320 Seiten, € 16,99.

/// Was steckt wirklich dahinter?

## SCHRECKGESPENST AfD

Wenn Journalisten Bücher über Politiker oder Parteien schreiben, gehen die meisten Wissenschaftler auf Distanz. Sicher mögen viele persönliche Eindrücke, enge Kontakte und das Gespür für atmosphärische Spannungen von dieser Berufsgruppe weit besser aufgefangen und beschrieben werden als etwa von Sozialwissenschaftlern. Aber ist da genug Raum für die Analyse? Ist neben amüsanten Details Platz für die Darlegung von Strukturen und Gründen für bestimmte Entwicklungen, kann so wirklich eine systematische Einordnung

oder gar Prognose gelingen? Dieses Buch von Melanie Amann zeigt nicht nur, dass dies gelingen kann, sondern sie legt ein Werk vor, das die Entwicklungslogik der AfD besser beschreibt als manch politikwissenschaftlicher Text – und das auch noch viel zeitnaher und kenntnisreicher.

Die promovierte Journalistin begleitet seit 2013 im Berliner Hauptstadtbüro des Spiegel intensiv die Entwicklung der AfD und deren Protagonisten. Ihr Buch – das vorläufige Ergebnis mehrjähriger Arbeit auf diesem Feld – ist bei aller Em-

pathie weit von jeglichen Ansätzen einer Hagiographie einerseits oder eines Hasspamphlets andererseits entfernt. Sie beginnt ihre Analyse mit einer Beschreibung des Einflusses von Thilo Sarrazin, den sie als wichtigsten Vorboten der Partei sieht – mit bekannten Protagonisten der AfD als (möglicherweise von ihm ungeliebte) Schüler. Die Gründungsphase der Partei war alles andere als geradlinig. Die ideologische Zerrissenheit dieser Zeit war, so Amann, der Grund für die spätere Spaltung, wirkt aber nach: „[...] bis heute arbeiten in der AfD nicht Gleichgesinnte für ein gemeinsames Ziel, sondern raufen sich natürliche Gegner zu Zweckbündnissen zusammen.“ (S. 57)

Erneut wird hier belegt, dass die AfD von Anfang an mehr war als eine Anti-Euro-Partei. In der Folge beschreibt die Autorin einige der zentralen ideologischen und programmatischen Wurzeln der Partei und macht diese an einzelnen Protagonisten fest. Den (Wirtschafts)Liberalismus einer Beatrix von Storch sieht sie weniger als programmatisch bedeutend, allerdings ließen sich auf dieser Schiene gute Finanzierungsmöglichkeiten erschließen. Ihr Liberalismus war auch kein Hindernis für Frau von Storch, sich als rechtskonservative Kulturkämpferin etwa gegen Genderpolitik oder die angebliche Frühsexualisierung der Schüler zu profilieren. Dabei scheint sie besonders flexibel zu sein, unpassende Fakten entsprechend umzudeuten: „Meinungsfreiheit bedeutet für Beatrix von Storch, die Realität der eigenen Meinung anzupassen [...]“ (S. 85) – eine Tendenz, die sich auch bei anderen Vertretern der Partei, aber vor allem im randständigen Umfeld rechts außen immer wieder findet.

Den Nationalismus findet die Autorin am stärksten verkörpert durch Alex-

ander Gauland, Identifikationsfigur manch heimatloser Konservativer. Diese sind auch eine Wurzel der Russophilie: „Diesen Leuten imponiert, mit welcher Entschlossenheit ein Wladimir Putin für die nationale Souveränität seines Landes eintritt [...]“ (S. 93) Der Nationalismus, der auch als Grundlage für die Globalisierungskritik dient, hat aber ein großes Problem: In der Mitte kaum anschlussfähig, aber ständig in Gefahr, von extremen Rechten gekapert zu werden, wie die Autorin am Beispiel des Publizisten Jörg Kubitschek oder der Identitären Bewegung zeigt. Offiziell grenzt sich die Parteiführung ab, aber ohne diese Klientel (vor allem deutlich bei der Jugendorganisation der Partei) wären Wahlkämpfe und Wahlerfolge weit schwerer zu erreichen gewesen.

Der dritte Abschnitt des Buches beschreibt überzeugend die Radikalisierung der Partei, die Professorenpartei auf dem Weg nach rechts außen. Eurokritische Überzeugungsträger wurden immer mehr durch Ideologen ersetzt. Allerdings betont die Autorin, dass die Führungsriege der Partei von Anfang an und bis heute in Karrieristen und Ideologen zerfalle. In die erste Gruppe passt sicher Björn Höcke, in die zweite Frauke Petry, aber es gibt durchaus interessante Schnittmengen. Eine kleine Gruppe von Idealisten spielt heute jedenfalls, so Melanie Amann, keine Rolle mehr. Diese Lager und die wichtigsten Protagonisten werden noch genauer betrachtet. Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender in Thüringen, hat schon beim Hinausdrängen von Bernd Lucke eine Rolle gespielt und bedient mit seinen Reden eine Klientel, die offiziell in der AfD nicht erwünscht ist. In diesen Szenen ist er eine wichtige Figur und könnte vielleicht auch einmal zum Putsch gegen Frauke Petry aufrufen.

fen. (S. 151) Eindrucksvoll die Schilderung des Essener Parteitags am 4./5. Juli 2015, der zur Spaltung und zum Austritt des Lucke-Flügels führte. Wer das liest, wird jeglichen Glauben an Reste von bürgerlichem Anstand in der AfD verlieren.

Der Parteitag legt auch die Grundlage für den Aufstieg der „Chefin“ Frauke Petry. Spannend und kenntnisreich wird ihr privater und beruflicher Hintergrund dargelegt, ihre Trennung von Mann und vier Kindern und ihre neue Liaison mit Marcus Pretzell, der ebenfalls vier Kinder hat und von dem sie ein fünftes bekommt. Mit ihm als Landesvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen bildet sie das „Power-Paar“ der AfD. Sie ist die starke Frau der AfD, auch wenn sie offiziell mit Bernd Meuthen, dem Fraktionsvorsitzenden in Baden-Württemberg, eine Doppelspitze bildet. „[...] die 13-köpfige Parteiführung führt die Partei nicht. Autorität hat nicht der Vorstand, sondern haben nur einzelne Mitglieder bei ihren Anhängern“. (S. 213) Offensichtlich gibt es viel Gegnerschaft gegen Frauke Petry, aber noch sitzt sie fest im Sattel. So lange noch Wahlerfolge zu erwarten sind, will niemand eine neue Spaltung.

Die Radikalisierung scheint ein unabweichliches Schicksal zu sein. Anders als bei bürgerlichen Protestparteien in den 90ern (der „Bund Freier Bürger“ wird als passendes Beispiel herangezogen) gibt es rechts der Union heute Entfaltungsräume. Auch journalistische Kritik (die, wie die Autorin einräumt, durchaus überempfindlich auftritt) hat hier nicht mehr die Wirkung wie früher, da sich neue Kommunikationsformen herausgebildet haben. Dort findet auch jede Zügellosigkeit ihre Klientel, breitet sich ungehindert aus und sorgt so für

Mobilisierung. Hinzu kommen offenbar auch finanziell interessante Helfer, die schon bisher für eine Unterstützung der Wahlkämpfe gesorgt haben und dies wohl auch weiter tun werden.

Wie soll man also mit der AfD umgehen? Die Autorin rät klar für eine Auseinandersetzung mit der Partei: Nicht wegducken, sondern sich mit ihr und ihren Repräsentanten auseinandersetzen. Dazu sei aber fundiertes Wissen nötig. „Die AfD gewinnt Debatten häufig nur, weil ihre Gegner zu faul sind, deren Positionen zu studieren“. (S. 266) Die Bruchlinien innerhalb der Partei, von denen es genügend gibt, müssten immer wieder klar aufgezeigt werden. Es sollte durchaus emotional argumentiert werden und die eigene Identität, die deutsche Leitkultur definiert werden. Schließlich sollte man nicht die Nerven verlieren. Die Mitgliederzahl der AfD ist noch sehr gering, und die der randständigen Gruppen oft minimal. Die anderen Parteien sollen „am Ball bleiben“. (S. 282ff.) Allerdings dürften die kritischen Einwände zur Strategie der CSU nicht überall geteilt werden. Konsequenter ist der Rat an alle Parteien, Schritt zu halten mit der Kommunikation über die neuen elektronischen Medien.

Als Fazit die nüchternen, abschließenden Thesen: Die Autorin sieht einen Erfolg der AfD bei den Landtagswahlen und der Bundestagswahl 2017 voraus und erwartet keinen Rückgang, so lange die herkömmlichen AfD-Themen virulent bleiben. Frauke Petry sieht sie auch künftig als Führungsfigur, der nur ihr neuer Partner gefährlich werden könne. Die AfD wird sich nicht mehr sehr stark weiter radikalieren, wenn sie erst einmal in allen Parlamenten verankert ist und größere Mitarbeiterstäbe zur Verfügung hat. Es besteht aber auch die Ge-

fahr für die Partei, dass radikale Kräfte zu sehr in den Vordergrund treten und dass sie durch ihre verbale Radikalität Hoffnungen bei ihrer Klientel erweckt hat, die sie in den Parlamenten nicht einlösen kann. Daher könnten sich offen antidemokratische Akteure in und außerhalb der Partei erst recht angesprochen fühlen – mit unklarem Ausgang für die AfD wie die Demokratie in Deutschland.

Man muss der Autorin für ihr Buch dankbar sein nicht nur wegen der vielen gut recherchierten Informationen, sondern auch dafür, dass sie deutlich macht, wie wichtig eine sachkundige, fundierte Auseinandersetzung mit einem solchen Phänomen ist – auch für die Politik und die politische Bildung. Dem sollten sich Wissenschaftler und Autoren auch außerhalb des Journalismus stellen.

**DR. GERHARD HIRSCHER,  
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN**

**Wolffsohn, Michael:**  
**Zivilcourage. Wie der Staat**  
**seine Bürger im Stich lässt.**  
 München: dtv 2016,  
 94 Seiten, € 7,90.



Zivilcourage, dies wird von der Politik heute oft von der Bevölkerung gefordert, wenn es um die Bekämpfung von Rechts- und Linksextremismus, von Rassismus und Antisemitismus sowie anderer Formen von Kriminalität geht. Politiker ermahnen die Bürger zur Aufmerksamkeit. Für Michael Wolffsohn ist das ein beunruhigendes Signal.

Im Jahr 2000 rief Bundeskanzler Gerhard Schröder nach einem Anschlag auf die Synagoge in Düsseldorf zu einem „Aufstand der Anständigen“ auf. Nicht nur, dass der damalige Gewaltakt nicht – wie allgemein vermutet – von Rechts-extremisten, sondern von Islamisten verübt wurde, mache, so Michael Wolffsohn, den Aufruf zu einem Fehlgriff. Der Staat zeige mit einem solchen Appell, so der Autor, dass er nicht mehr in der Lage sei, den Bürgern das zu garantieren, was er eigentlich gewährleisten muss: Sicherheit.

Michael Wolffsohn, über 30 Jahre Professor für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München-Neubiberg, ist einem breiten Publikum und einer großen Leserschaft aus Funk und Fernsehen und aus vielen Büchern bekannt. Er ist nicht nur Nahost-Experte, er hat die deutsch-israelischen

Beziehungen und ihre Entwicklung beobachtet und erforscht, hat sich mit deutscher Nachkriegsgeschichte sowie der Aufarbeitung der Vergangenheit beschäftigt. Zudem geht er auf aktuelle Themen in Deutschland / Europa ein. Dies tut er auch mit diesem Buch über die „Zivilcourage“ und dem heute von ihm so wahrgenommenen Missbrauch des Wortes durch die Politik.

Wenn sich die Bürger selber helfen müssen, um für ihre eigene Sicherheit zu sorgen, dann verliere der Staat sein Gewaltmonopol. In der Demokratie aber gehört es zu deren Grundlage, dass die Bürger das Recht zum Selbstschutz an den Staat abtreten, damit dieser sie schütze. Doch der Staat zieht sich immer mehr, so Michael Wolffsohn, aus dieser historisch mit der Entwicklung des Verfassungsstaates verbundenen Verantwortung zurück. Was am Ende drohe sind letztlich „Bürgerwehren“ und schließlich der Rückfall in einen Zustand wie den des Mittelalters, als jeder sein Leben selbst schützte.

Der Aufruf der Politiker zu mehr Zivilcourage zeige, dass die Politik heute nicht mehr weiter weiß. Auch nach dem Anschlag auf Charlie Hebdo in Paris war das so. Bürger und Politiker, darunter auch Staatsmänner aus dem Ausland, versammelten sich zu einer Großkundgebung, um Flagge zu zeigen gegen den Terror. „Sympathisch“ zwar, doch als Fazit, so Wolffsohn, bleibt: Der Terror geht weiter.

Zivilcourage könne zudem für den einzelnen Bürger „lebensgefährlich“ werden. Der Autor geht neben anderen auf den Fall Dominik Brunner ein. Michael Wolffsohn bewundert Brunner sehr wohl. Seine Argumentation aber ist: Weil der Helfer „den Geist“ des Aufrufs „zum Aufstand der Anständigen“ so

„verstanden, verinnerlicht und umgesetzt“ habe, habe er letztlich, obwohl er helfen wollte, „staatliches Gewaltmonopol“ an sich gezogen.

Ob Brunner bei seinem Handeln in diesem Augenblick wirklich an Politiker-Worte dachte, oder ob er nicht einfach nur als beherzter Mensch anderen Menschen in Not helfen wollte, muss dahingestellt bleiben. Gegen das Unbeteiligt-Sein wendet sich auch Michael Wolffsohn: „Das ist kein Appell, wegzuschauen und nichts zu unternehmen. Um Himmels willen. Ganz im Gegenteil: Ich appelliere dafür, besonders genau hinzuschauen. Aber ich bin dagegen, total falsch zu verstehende und falsch verstandene ‚Zivilcourage‘ an den Tag zu legen.“ Doch wann soll der Bürger selbst eingreifen und einem bedrohten anderen Bürger helfen, wann soll er die Polizei rufen – wann hat er die Zeit dazu – und wann sich nicht selbst in Gefahr bringen? Die Grenzziehung zwischen beiden Fällen bleibt schwierig und der konkreten Situation vorbehalten.

Und die Lage der Polizei selbst? Michael Wolffsohn schreibt: „Die Polizei kann nicht überall sein. Die Polizei ist überfordert und unterfinanziert“. Doch was dann? Der Autor fordert: „Die Bürger sollen den Staat wieder dazu verpflichten, seine Pflicht zu erfüllen: die Bürger zu schützen“. Wie soll der Bürger dies aber tun?

Michael Wolffsohn spricht von der „Zivilität“ – bei ihm definiert als „Werte-Gemeinschaft“ – anstelle von „Zivilcourage“. In der Werte-Gemeinschaft geht es um „die Durchsetzung der Regeln“, d. h. der Gesetze, die Ausfluss einer gemeinsamen Werteorientierung sind. Und um dies zu gewährleisten, braucht der Staat sein „Gewaltmonopol“. Das ist vernünftig. Weiter gedacht muss man

feststellen: Zwischen dem Bürger und dem Staat stehen die Parteien, die dies dann konkret „an der Regierung“ umsetzen können – auf Länderebene in diesem Falle. Und hier beginnen schon die Schwierigkeiten. In Bayern spricht sich die CSU in ihrem Parteiprogramm für mehr Polizei aus und Innenminister Herrmann verweist mit Stolz darauf, dass im Freistaat seit 2007 das Polizeipersonal um 10% aufgestockt wurde. Doch was macht der Bürger außerhalb Bayerns? Soll er das demokratische Parteienspektrum verlassen und AfD wählen? Das Problem ist eine neoliberale Agenda, die den Staat seit geraumer Zeit in all seinen Funktionen zersetzt. Doch das Thema der Inneren Sicherheit und der Kriminalitätsbekämpfung nimmt immer größeren Raum in der öffentlichen Diskussion ein. Der Bürger wird seinen Staat nicht aus der Verantwortung entlassen – nicht in Europa.

**PD DR. HABIL. PETER L. MÜNCH-HEUBNER,**  
**UNIVERSITÄT AUGSBURG**

**Wanner, Tassilo: Heilige Allianz? Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Heiligen Stuhl. Wiesbaden: Springer-Verlag 2017, 317 Seiten, € 39,99.**



Politik und Religion waren schon immer zwei äußerst sensible Themen, die gerade in der Kombination nicht selten für Zündstoff sorgen. Jedoch verbinden wir in der aktuellen Diskussion eher den Konflikt zwischen religiös-fundamentalistischen Terrorgruppen und Ländern westlicher Prägung als die Entwicklung diplomatischer Beziehungen zwischen zwei Staaten. Wobei hier zwei Exemplare staatlicher Souveränität im Fokus der Betrachtung liegen, die auf äußerst unterschiedliche Art und Weise globalen Führungs- und Gestaltungsausdruck auslegen und wahrnehmen.

Tassilo Wanner hat mit seinem Buch „Heilige Allianz“ – oberflächlich betrachtet – ein Nischenthema behandelt, was allerdings für geschichtsbewusste Menschen ein Schatzkästchen an Informationen und tiefergehenden Hintergründen liefert. Denn es gibt kaum unterschiedlichere Staaten auf der Welt wie die Vereinigten Staaten von Amerika und den Vatikan, eine irdische und eine jenseitige Weltmacht, die den Verlauf der (jüngeren) Geschichte so geprägt haben. Die knapp 300 Seiten, die das Werk umfasst, erwecken sehr schnell den Anschein, dass hier noch weitaus mehr hätte geschrieben und ausgeführt werden können. Die Thematik hat sich, bei aller Formvollendung in Struktur und Spra-

che, wie sie für eine Dissertation angebracht ist, als äußerst spannend und lehrreich erwiesen.

Der Autor hat nicht zu viel versprochen, wenn er in seinen einleitenden Passagen auf die Vielzahl unterschiedlicher Quellen verweist, deren Zugang alles andere als einfach oder selbstverständlich war. Dies gibt dem Leser die Gelegenheit, nicht nur einen komprimierten historischen Ablauf der bilateralen Beziehungen zwischen dem Kirchenstaat und der „Indispensable Nation“ zu erhalten, sondern auch die faszinierende Evolution, eine Annäherung nachzuvollziehen, zwischen einer Republik, welche sich selbst seit ihrer Gründung explizit nicht als religiöse bzw. christliche Nation versteht, und einer theokratischen absoluten Wahlmonarchie. Beide trennen in ihrer Unterschiedlichkeit Welten, jedoch sind sie vereint in den Interessen, die eine Welt in der Ära des Kalten Krieges vor menschlichen Fehlern zu bewahren.

Dieser heroisch anmutende Ansatz, den man hier rein interpretieren könnte, wird in der inhaltlichen Auseinandersetzung in Wanners Werk jedoch sehr schnell auf die nüchternen Tatsachen von politischen und diplomatischen Mechanismen geerdet. In seinen fünf Teilanalysen zum Auftakt des Buches skizziert er, welche Entscheider auf welchem Wege im Verlauf der Geschichte ihren Anteil an den Beziehungen hatten und wie dies in dem gemeinsamen Engagement gegen den Systemrivalen Sowjetunion gemündet ist. Dabei wird die notwendige Priorität eingeräumt, die unterschiedlichen Betrachtungsweisen der beiden Partner kennenzulernen, um deren Perzeptionen im Umgang mit dem Ostblock nachzuvollziehen. Wie hier die über Jahrtausende kultivierten „Mecha-

nismen der internationalen Politik des Heiligen Stuhls“ sich mit der Interessenslage des westlichen Hegemons, mit seinem Entscheidungszentrum Washington D.C. ergänzen, ist und bleibt faszinierend, um dann aber letztendlich in der Feststellung zu münden, wie entscheidend es auf die zwei Individuen Ronald Reagan und Johannes Paul II ankam.

Zugegeben, wer einen Geschichtsthriller erwartet, wäre mit diesem Buch natürlich falsch beraten. Aber, wer die globalen Zusammenhänge politischen Handelns in einer gründlich aufgearbeiteten Retrospektive von zwei einzigartigen Nationen betrachten möchte, kann mit diesem Printmedium nichts falsch machen. Eine besondere Nähe zum Glauben, zur Kirche oder den USA braucht es dabei nicht, um etwas für sich selbst herauszuholen. Es verdeutlicht eher, wie eine unscheinbar anmutende bi-nationale Verbindung eine Hebelwirkung entfalten kann, die die Welt im Positiven aus den Angeln hebt. Hinzu kommt die Chance, Sichtweisen, Zusammenhänge, Arbeits- und Wirkungsweisen sowie menschliche Komponenten bei institutionellen Entscheidungen kennenzulernen. Etwas, was ich als sehr aufschlussreich empfand. In diesem Sinne kann ich wieder nur sagen: Danke für den Erkenntnisgewinn.

**NORMAN BLEVINS,  
HANNES-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN**



**Asfa-Wossen, Asserate: Die neue Völkerwanderung. Wer Europa bewahren will, muss Afrika retten, Berlin: Propyläen Verlag 2016, 220 Seiten, € 20,00.**

An der Südflanke Europas braut sich ein explosiver Cocktail zusammen. Afrikas extremes Bevölkerungswachstum, die hohe Arbeitslosigkeit, die trotz mancher Erfolge in der Armutsbekämpfung absolut steigenden Zahlen von Hungernden, Bürgerkriege, islamistischer Terror und politische Instabilität, korrupte und unfähige Regierungen sowie mangelnde Perspektiven erzeugen einen wachsenden Migrationsdruck. Von einer kommenden „neuen Völkerwanderung“ schreibt der Afrika-Kenner Asfa-Wossen Asserate in seinem neuen Werk.

Sein Buch enthält eine hervorragende Darstellung und Analyse der vielen Übel, unter denen Afrika leidet. „Wenn ich heute an Afrika denke, verfolgt mich ein Alptraum. Was wird sein, wenn sich tatsächlich Millionen von Afrikanern, getrieben von Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit, auf den Weg machen und ihrem Kontinent den Rücken kehren? Was wird passieren, wenn sie alle vor den Toren Europas stehen? Wie will Europa sie stoppen?“ Abschottung werde nicht funktionieren, meint er. Nur wenn es gelänge, den Menschen eine bessere Lebensperspektive dort zu geben, mithin die Fluchtursachen zu beseitigen, werde man Afrika retten und Europa bewahren können.

Prinz Asfa-Wossen stammt aus Äthiopien. 1974 putschten dort maoistische

Militärs, viele seiner Verwandten aus der kaiserlichen Familie wurden verhaftet, sein Vater und andere getötet. Asfa-Wossen lebte damals schon als Student in Deutschland und beantragte politisches Asyl. Heute arbeitet der promovierte Historiker als Buchautor und Unternehmensberater für Investitionen im Nahen Osten und Afrika in Frankfurt.

Sein Buch gliedert sich in vier Teile. Im ersten Kapitel zeichnet er die Dimensionen der aktuellen Flüchtlings- und Migrationskrise, welche die ganze Welt erfasst. Laut UN sind etwa 65 Millionen Menschen auf der Flucht, darunter Millionen Syrer, Afghanen und Iraker, aber auch Afrikaner, vor allem aus Somalia, dem Südsudan, der Demokratischen Republik Kongo, der Zentralafrikanischen Republik und Eritrea. Wenn einmal der Syrien-Krieg beendet sein wird, erwartet der Autor vor allem steigende Migrantenzahlen aus dem schwarzen Kontinent. Bislang bleiben die meisten in Nachbarländern wie Äthiopien, Kenia, Uganda und Tansania, wo es riesige, menschenunwürdige Lager gibt. Längst aber ist Europa gerade für Millionen Junge, die per Smartphone Bilder und werbende Boten aus Europa erhalten, zum Traumziel geworden.

„Afrika sitzt auf gepackten Koffern“, schreibt Asfa-Wossen. Und das Geschäft der Schlepper und Menschenschmuggler, denen die Toten in der Sahara und im Mittelmeer egal sind, läuft wie geschmiert. Gleichzeitig räumt der Autor mit dem Vorurteil auf, dass es die Ärmsten der Armen seien, die sich auf die gefährliche Reise machen – vielmehr kann sich das nur die untere Mittelschicht leisten. Ganze Familien nehmen Kredite auf und legen Ersparnisse für einen Sohn zusammen, der in Europa Geld verdienen und es in die Heimat zurückschicken soll. Was Asfa-Wossen zu

wenig beleuchtet, ist, wie durch falsche Signale aus Europa solche Träume und Illusionen genährt werden.

Im zweiten Kapitel schildert er in einem historischen Rückblick die fürchterliche Kolonialismus-Vergangenheit, die bis heute Wunden hinterlassen hat. Aber der Autor stellt auch klar, dass mehr als fünf Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit der afrikanischen Länder, der Verweis auf vergangene Missetaten oft nur eine billige Ausrede der aktuellen Herrscher ist. Schonungslos gerät die Abrechnung mit den korrupten Herrschern, die den Rohstoffreichtum ausgebeutet und die Bevölkerung in ihren Ländern in der Armut gehalten haben. Die Afrikanische Union (AU) duldet in ihren Reihen Völkermörder und Gewaltherrscher, 2015 war Zimbabwes Diktator Mugabe AU-Vorsitzender. Asfa-Wossen prangert an, dass ein Großteil der Hunderten Milliarden Dollar Entwicklungshilfe in den Taschen korrupter Potentaten und Eliten gelandet ist. Das sei der eigentliche Skandal, der die Entwicklung hemmt und den Kontinent zur Armut verdammt hat. Angesichts der Flüchtlings- und Migrationskrise schweigen die Herrscher.

Zwar gibt es einige hoffnungsvolle Zeichen des Aufbruchs. Die Unternehmensberatung McKinsey bejubelte vor sieben Jahren „Afrikas Löwen auf dem Sprung“, doch die meisten der damaligen Wachstumsstars sind wieder zurückgefallen, seit der Ölpreis eingebrochen ist. In Nordafrika ist nach den gescheiterten „Arabellionen“, die im Chaos endeten, das Wachstum stark abgebremst. Sehr aktiv sind die Chinesen in Afrika, die Milliarden-Investitionen in die Infrastruktur finanzieren und sich im Gegenzug Lizenzen für die Rohstoffausbeutung sichern – eine moderne Form des Kolonialismus findet Asfa-Wossen. Er sieht zwar

auch in seinem dritten Kapitel, dass es Pflänzchen der Hoffnung gibt: die wachsende, aber noch kleine selbstbewusste Mittelschicht in den Metropolen, wirtschaftliche Reformen und bessere Rahmenbedingungen in einigen Ländern wie Kenia oder Ruanda, Startup-Unternehmen rund ums Internet und mehr besser ausgebildete junge Leute.

Doch in der Breite bleibt das Elend. Mehr als 200 Millionen Afrikaner hungern. Das extreme Bevölkerungswachstum – laut UN-Prognose eine Verdoppelung von derzeit 1,2 Milliarden Menschen auf rund 2,5 Milliarden bis 2050 – macht vielerorts die Fortschritte zunichte. Die Jugendarbeitslosigkeit ist sehr hoch. Etwa 40 % aller Afrikaner sind derzeit unter 15 Jahre, die Hälfte weniger als 25 Jahre alt. Das ist der Treibstoff der Bevölkerungsexplosion, die Afrikas größte Herausforderung ist, wie Asfa-Wossen schreibt. Durch mehr Bildung für die Frauen und mehr Aufklärung über Familienplanung ließen sich die Geburtenraten bremsen, allerdings ist bei vielen Herrschern der Wille zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums nicht sehr groß.

An Europa richtet Asfa-Wossen den dringenden Appell: Zum einen müsse es die verfehlte Handels- und Entwicklungspolitik ändern. Die Subventionen für die europäische Landwirtschaft, deren Billigexporte afrikanische Kleinbauern ruinieren, müssen beendet werden. Unter diesen Bedingungen gebe es keinen fairen Handel. Zum anderen sollte Europa korrupten afrikanischen Potentaten radikal den Geldhahn zudrehen und die Entwicklungshilfe streichen, fordert er im vierten Kapitel. Nur so komme Druck auf, hin zu „good governance“ und eine Verbesserung der Regierungsinstitutionen mit mehr Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit für Investoren und einem effektiven Kampf

gegen die allgegenwärtige Bestechung. Allein das schaffe die Voraussetzung für dauerhafteres Wachstum. Wenn es aber nicht gelänge, Afrika wirtschaftlich zu entwickeln und politisch zu stabilisieren, werde die von ihm befürchtete destruktive Völkerwanderung schon bald Realität.

DR. PHILIP PLICKERT,  
WIRTSCHAFTSREDAKTION FAZ,  
FRANKFURT A. M.



Henkel, Gerhard: **Rettet das Dorf! Was jetzt zu tun ist.** München: dtv Verlagsgesellschaft 2016, 303 Seiten, € 22,00.

Dörfer sind für die Zukunft der Gesamtgesellschaft genauso wichtig wie die großen Städte, so die Grundüberzeugung von Gerhard Henkel. Leer stehende Gebäude als Zeichen der Landflucht in abgelegenen und wirtschaftsschwachen Regionen bereiten ihm daher Sorgen. Mit dem provokanten Titel „Rettet das Dorf“ möchte der Humangeograph nicht nur Fehlentwicklungen und Schwachstellen aufzeigen, sondern einen möglichst breiten Leserkreis aufrütteln: „Das Dorf ist es wert dass man sich um seine Zukunft sorgt und streitet“, schreibt er in seinem Vorwort. Doch er sieht „nicht alles verloren“. Henkel möchte auch Mut machen, auf positive Entwicklungen, Erfolgserlebnisse und Handlungsmöglichkeiten verweisen.

Professor Henkel, der zahlreiche Standardwerke zur Dorf- und Landentwicklung verfasst hat, kann dabei auf sein fundiertes, umfassendes Wissen um die historische und aktuelle Entwicklung des ländlichen Raums zurückgreifen. Bei dem dreihundert Seiten umfassenden Werk handelt es sich allerdings weder um ein Praxishandbuch noch um eine wissenschaftliche Abhandlung. Die Heranziehung empirischer Befunde oder die systematische Auswertung von Programmen und Forschungsansätze war ebenso wenig sein Mittel der Wahl wie das journalistische Narrativ, das mit einem dramaturgischen Konzept Stimmungen erzeugen will. Die Kapitel folgen vielmehr einem stringenten, einheitlichen Dreiklang: „Hintergrund und Status quo“, „Was wird bereits getan? Beispiele und Programme“, „Was bleibt zu tun? Fazit, Bewertungen, Empfehlungen“. Die kurze Skizzierung von Veränderungsprozessen und das Aufzeigen beispielhafter Initiativen untermauern die Intentionen und Beobachtungen des Autors in flüssiger, leicht lesbarer Form.

Da die Weichen sowohl durch die Eigenverantwortung vor Ort als auch über Fremdbestimmung von außen gestellt werden, gliedert sich das Buch entsprechend in zwei Teile. Der erste Teil widmet sich den Herausforderungen und Lösungen „von unten“, der zweite Teil hinterfragt kritisch den „von oben“ vorgegebenen Handlungsrahmen. So erfährt der Leser im ersten Teil nicht nur, was Dörfer gegen die erwähnten Leerstände unternehmen, wie sie Arbeitsplätze und Betriebe erhalten oder öffentliche und private Infrastrukturen vormalen können. Auch Themen wie die Weiterentwicklung der Kulturlandschaften und die Bedeutung der Baukul-

tur werden in eigenen Kapiteln behandelt. Henkel wirft Fragen auf und schlägt Antworten vor: „Wer kümmert sich um die Kernfragen des Dorfes? Die Vereine“, „Wie kann Kommunalpolitik erfolgreicher und lebendiger werden. Die Hoffnung Bürgerkommune“.

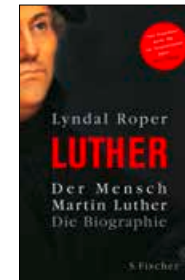
Der zweite Teil des Buches ist für Henkel wohl sogar der wichtigere Part. Hier geht es nicht mehr um das Subjekt Dorf mit seinen lokalen Sorgen, Aufgaben und Engagement, sondern um das Objekt Dorf, dessen Geschick von den fernen Entscheidern abhängt. Wie begegnen diese dem Land – mit Wertschätzung und Unterstützung oder mit Desinteresse und Fehlsteuerung? Unter Berufung der an ihn vor Ort herangetragenen Botschaften macht sich Henkel an dieser Stelle zum Anwalt der Dörfer: „Wenn das Dorf leidet oder stirbt, haben generell nicht vorrangig seine Bewohner und Kommunalpolitiker versagt, sondern in erster Linie die Eliten in Staat und Gesellschaft, die keinen Sinn für die lange erprobte Kultur der Selbstverantwortung des Dorfes haben“ (S. 184). Dem mögen viele Leser deutlich widersprechen wollen, v. a. all jene, die eben durchaus für erfolgreiche Programme und Leitbilder zur Stärkung kommunaler Selbstverantwortung stehen. In seinem Buch finden sich ja sehr viele solche positive Beispiele. Nicht unerwähnt bleiben auch die LEADER-Projekte oder die bayerische Strategie der Behördenverlagerung auf das Land. Doch was war ausschlaggebend für eine solche deutliche Position des renommierten Dorfforschers?

Henkel beobachtet seit Jahren, wie Dörfer resignieren, weil Geschäfte, Wirtshäuser und Schulen schließen, Bankfilialen und Pfarreien fusionieren. Hinzu kommt, dass ihnen über die Vor-

gaben der Landesentwicklung und Regionalplanung gegebenenfalls auch keine weiteren Gebietsentwicklungsoptionen zugesprochen werden. Der Spielraum schwindet. Wenn Gemeinden im Zuge von kommunalen Gebietsreformen auch noch ihre politische Selbständigkeit verlieren, ist dies für Henkel ein weiteres Signal für die Defensive und Ohnmacht, in der die Dörfer stecken, die noch weiter zugespitzt wird durch die von manchen Institutionen aufgestellte These, es sei besser, Dörfer und strukturschwache Teilregionen aufzugeben, statt sie weiter zu fördern. Dies wollte Henkel nicht unkommentiert lassen.

In seinem Buch veranschaulicht er in facettenreicher Wahrnehmung, wie es um die Dörfer steht und führt aus seiner Sicht die Potenziale wie auch Defizite der Entwicklungsansätze und Institutionen auf. Es ist für alle lesenswert, die auf dem Land leben und sich dort einbringen oder beruflich mit der Entwicklung von Dörfern zu tun haben. Es hilft, sich einem oft schleichenden Wandel bewusst zu werden und Handlungsspielräume ebenso wie ihre Restriktionen zu erkennen. Es bleibt zu hoffen, dass es tatsächlich Mut macht, auf den Wert lebendiger Dörfer zu setzen.

**SILKE FRANKE, DIPL. GEOGR.,  
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN**



**Roper, Lyndal: Luther. Der Mensch Martin Luther. Die Biographie. Frankfurt a. M.: S. Fischer-Verlag 2016, 736 Seiten, € 28,00.**

Das diesjährige Reformations-Jubiläum beschert uns auch manch qualifizierte Publikationen, unter anderem Luther-Biographien, von denen es inzwischen sowieso vielleicht schon zu viele gibt. Warum also zu der hier zu besprechenden greifen – welchen „Mehrwert“ kann sie uns bieten?

Die Antwort ist: nicht wegen ihrer flotten Lesbarkeit, erst recht nicht wegen der Ausleuchtung der politischen Hintergründe der damaligen Epoche, denn die werden hier in kaum vertretbarem Ausmaß vernachlässigt, und auch nicht wegen der historischen Einzelheiten, die man in anderen Luther-Biographien ungleich mehr ausgebreitet findet. Die Biographie einer schon derart vielfach porträtierten Persönlichkeit wie der Luthers muss vielmehr mit Erkenntnissen aufwarten, die Neuartiges bringen, über die bisherigen Horizonte hinaus.

Das tut die Autorin mit der Qualifizierung Luthers als eines begnadeten „Netzwerkers“. Sie setzt ihren ganzen, staunenerregenden Forschungsfleiß da rein, anhand der Quellen, hauptsächlich der unermesslichen Flut von Briefen, die es zu diesem Bereich den Archiven zu entreißen gilt, zu demonstrieren, dass der weltgeschichtliche Erfolg Luthers bei aller großartigen persönlichen Leistung undenkbar ist ohne alle dieje-

nigen, die ihm zugearbeitet haben, und auch diejenigen, die zwar keine Altgläubigen geblieben sind, aber doch mit ihm in Gegnerschaft geraten sind. Denn Luther als Gemütsmensch war einerseits ein warmherziger Freund, andererseits auch ein von Gehässigkeit strotzender Widersacher, alles das immer auch mit der Feder, denn als ein wortmächtiger Literat und Meister der deutschen Sprache gilt er zu Recht. Roper arbeitet hier besonders sein dorniges Verhältnis zu dem anfangs glühenden Anhänger Andreas Karlstadt heraus.

Zweitens liegt der – wertfrei als originell zu bezeichnende – Akzent auf Luthers „Körperlichkeit“. Da die Autorin ihre Anhängerschaft an die Frauenbewegung zu ihren prägenden Eigenschaften zählt (so gilt ihr die heilige Elisabeth als „wunderbar subversive Frau“), geriet sie auf diese Bahn. Das bringt durchaus interessante Informationen mit sich, fügt aber der Erkenntnis des Lesers über die Bedeutung Luthers oder auch die mögliche Kritik an ihm zu wenig hinzu. Es ist jedoch anzuerkennen, dass deshalb Luthers Gemahlin Katharina von Bora nicht etwa in den Himmel der Frauenbewegung erhoben wird. Da zeigt die Autorin Maß und Geschmack, obwohl Katharina mit ihrer hauswirtschaftlichen Kompetenz nachweisbar dafür gesorgt hat, dass ihr Mann von seinem ausgedehnten Wittenberger Hauswesen aus überhaupt die Schaffensfreiheit fand, die für seine Rolle als oberste Autorität der reformatorischen Bewegung notwendig war. Luthers Festhalten an Christi Realpräsenz in der Eucharistie, ein Angelpunkt seiner Theologie, wird eben mit seiner Hochschätzung von „Körperlichkeit“ in Verbindung gebracht. Das ist Theologie plus Psychoanalyse, wie schon in der angel-

sächsischen Literatur zu Luther angebahnt, und hat hier zumindest das Verdienst, dass es uns in deutschsprachiger Paraphrase begegnet.

Die Stilblüte bleibt bei einem solchen Ansatz aber nicht fern. Wir dürfen erfahren, dass Luther nach seiner Verbringung auf die Wartburg (1521) sechs Tage lang an Verstopfung litt. Das kann nicht nebensächlich sein, da es um die „Körperlichkeit“ gehen muss: „Vielleicht drückte sich in seiner Verstopfung auch seine eigene innere Einkehr aus [...]“ Daraus folgt: Ohne Stuhlgang kein Fortschreiten des Reformators in seiner geistigen Entwicklung.

Lyndal Roper ist stark im Referieren der höchstpersönlichen, privaten und den Abtritt nicht aussparenden Züge Luthers, bietet dagegen recht wenig an Theologischem. Das entspricht dem Prinzip „Körperlichkeit“ dieses Buches. Wer sich für Theologisches interessiert, greife lieber zu dem brandneuen Werk „Martin Luthers Reformation. Eine katholische Würdigung“ des Münchner Emeritus Peter Neuner.

Auch zeigt die Autorin merkwürdige Schwächen, wenn sie aus dem Höchstpersönlichen heraustritt. Der Markgraf (und Kurfürst) von Brandenburg wird zum „Herzog“, der bis zum Ende des Heiligen Römischen Reiches Graf gebliebene Herr von Wertheim ebenso, in der Schlacht von Mühlberg (1547), die den Schmalkaldischen Krieg entschied, wird nicht nur (zutreffend) der Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen gefangen genommen, sondern auch der Landgraf Philipp von Hessen (falsch). Aus Platzmangel muss hier auf das Aufzeigen weiterer historischer Ungenauigkeiten verzichtet werden.

Roper wird mitunter auch viel zu summarisch. So sei der Dreißigjährige

Krieg darauf zurückzuführen, dass die Reformierten vom Augsburger Religionsfrieden von 1555 ausgeschlossen gewesen seien – das ist allenfalls eine der Ursachen. Auch die „Dynastien von protestantischen Kirchenmännern [...], die in der intellektuellen Kultur Deutschlands über Jahrhunderte den Ton angaben“, überziehen die Erkenntnis, dass sehr viele geistige Größen Deutschlands, zumindest bis ca. 1800, protestantischen Pfarrhäusern entstammten oder selbst Pfarrer waren.

Mit all dem soll die große wissenschaftliche Leistung Lyndal Ropers nicht kleingeredet werden. Sie hat eben an Luthers Höchstpersönlichkeit eine höchstpersönliche Herangehensweise.

**BERND RILL,  
MÜNCHEN**



Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet [www.hss.de/publikationen/](http://www.hss.de/publikationen/) bestellt werden:



**ARGUMENTATION KOMPAKT**  
Nr. 3/2017: Wie weiter nach dem Brexit?  
Die europäische Sicherheit in einem veränderten Umfeld



**ARGUMENTATION KOMPAKT**  
Nr. 2/2017: Kein Signal für ein neues rot-rotes Bündnis



**SONSTIGES**  
Maria Probst



**SONSTIGES**  
50 Jahre Hanns-Seidel-Stiftung



**SONSTIGES**  
Asylsuchende in Bayern – Quantitative und qualitative Pilotstudie

## VORSCHAU

### POLITISCHE STUDIEN

Nr. 474 „Die Bundestagswahl 2017“ mit Beiträgen von André Haller, Markus Kaiser und Ursula Männle

**Herausgeber:**

© 2017, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München  
Lazarettstraße 33, 80636 München,  
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,  
Online: www.hss.de

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle,  
Staatsministerin a. D.  
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf  
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-  
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser  
V.i.S.d.P.: Thomas Reiner

**Redaktion:**

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser  
(Chefredakteur)  
Barbara Fürbeth  
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)  
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)  
Susanne Berke (Redakteurin)  
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)  
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)

**Graphik:** trurnit Publishers GmbH

**Druck:** Bosch-Druck, Landshut

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder

unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Bildnachweis für Titel:  
sdecorat / Fotolia.com

